

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 16.

Montag, den 20. Januar 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Poincaré.

Unter Rundgebungen für Pams und Gegenübergebungen für Poincaré hat Freitag die Nationalversammlung zu Versailles den neunten Präsidenten der dritten Republik gewählt. Pams, der seinen Ministerposten bereits niedergelegt hatte, ist also doppelter Vertreter: Poincaré siegte.

Freundschaftlicher Jubel im Lager der Anhänger Poincarés begrüßte das Resultat, der neue Präsident selbst aber dürfte keine ungetriebene Freude an dem höchsten Ehrenposten, den die Republik vergeben kann, haben. Der gewesene Ministerpräsident gelangte nicht als Kandidat der republikanischen Parteien zur Würde — mit Unterstützung der Rechten zieht er ins Elisee, und das kennzeichnet seine Persönlichkeit in manchen Punkten.

Der Dreißigjährige, der als Pariser Advokat zeitig das Sprungbrett zur hohen Politik fand, der bereits in mehreren Ministerien geübt hat, ist zweifellos einer der korrektesten bürgerlichen Politiker Frankreichs. Man muß ihm zugestehen, daß er zu einer parlamentarischen Gruppe gehörte, die sich oft nicht nur als verfassungstreu, sondern auch als Anhängerin des republikanischen Fortschritts erwies. Er hat sich persönlich immer bemüht, ehrliche republikanische und demokratische Wege zu gehen. In der auswärtigen Politik hat er sich ehelich-friedlicher Töne bedient, in der inneren Politik blühte ihm das Verdienst, das Proportionalwahlrecht wacker gegen Rechte und Radikale verteidigt zu haben. Jedenfalls ist er neben dem durchgefallenen Ackerbau-Minister Pams, dieser kräftigen politischen Null, ein überragender Kopf, und es waren seine fortschrittlichsten Bestrebungen, die ihm eine Segnerschaft der Rechten und Linken eintrugen. Aber neben solchen Vorzügen weist er einen Zug auf, der ihn der Rechten als Präsidentschaftskandidat sympathisch, der bürgerlichen und sozialistischen Linken aber verdächtig machte: Seine Neigung zum persönlichen Regiment.

In Frankreich ist gegenwärtig eine starke Strömung der öffentlichen Meinung oben auf, die da wünscht, daß ihr Präsident im Ausland „Eindruck mache“. Die etwas nüchterne Persönlichkeit Armand Fallières' schien den Franzosen während seiner ganzen siebenjährigen Amtszeit keine besonders scharfe Einsicht in die Bedürfnisse und Wünsche des Landes bewiesen zu haben. Diese Sehnsucht des französischen Bürgertums nach dem Manne von Persönlichkeit ist nicht ohne Gefahr. Ein kluger, willenskräftiger, mit den politischen Angelegenheiten wohlvertrauter Präsident wird ganz naturgemäß versucht sein, tatkräftig in die Entwicklung der Republik einzugreifen. Nun gibt die Verfassung von 1875 dem Präsidenten der Republik beträchtliche und unbestreitbare Rechte, z. B. das der Wahl des Ministerpräsidenten und das des unmittelbaren Verkehrs mit den fremden Regierungen. Lediglich infolge der republikanischen Entwicklung, infolge des fortwährenden Wachstums des Einflusses des aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangenen Parlaments sind die Rechte tatsächlich eingeschränkt worden. Ein parlamentarisch-demokratisches System, eine wirklich republikanische Verfassung hat das monarchisch-konstitutionelle System von 1875 zum Teil ersetzt. Die Popularität der Kandidatur Leon Bourgeois', der Umstand, der bewirkte, daß sie zugleich den Beifall der Parlamentarier und der Nation gewinnen konnte, bestand darin, daß dieser Politiker nicht nur einen hervorragenden Ruf in Frankreich wie im Ausland genießt, sondern weil er auch dem Parlament die Garantie dafür bot, daß er die republikanische Entwicklung achten werde. Bietet Poincaré die gleiche Gewähr?

Das ist eine der Fragen, die namentlich für unsere französischen Genossen eine der schwerwiegendsten war. Die Fraktion der geeinigten Sozialisten lehnte es bekanntlich ab, sich an den Vorkämpfen der Republikaner zu beteiligen. Sie wollten dadurch zeigen, daß unsere Genossen nicht geneigt sind, die unter den Radikalen ausgebrochenen persönlichen Streitigkeiten für Pams oder wider Poincaré irgendwie mitzumachen. Die Fraktion beschloß, im ersten Wahlgang für Vaillant, im zweiten den Interessen der Republik entsprechend zu stimmen. Daß sie auch im zweiten Wahlgang für Vaillant votierte, kommt einer Stimmhaltung gleich, und beweist, daß Poincaré das Vertrauen unserer Genossen nicht hat. Wozu der Umstand beitragen mag, daß angesichts der Freundschaft zwischen Briand und Poincaré der egozialisische Demagoge bei Poincarés Präsidentschaft als der kommende Mann gelten mußte. Manche sehen ihn nunmehr schon wieder auf dem Ministerpräsidentenschemel.

Die sozialistische Fraktion war jedenfalls die einzige, die geschlossen zur Wahl ging. Nicht eine einzige aller

andern Fraktionen, von der äußersten bürgerlichen Linken bis zur äußersten Rechten, ist von einer Spaltung verschont geblieben. Keine der bürgerlichen Parteien hatte ein Programm, mit dem sie offen herauszutreten wagte, weder die radikalen, noch die gemäßigt-konservativen noch die ausgesprochen reaktionären. Die staats- und wirtschaftspolitische Planlosigkeit des Bürgertums findet darin ihren brutalen Ausdruck. Die Parteien wissen, daß von der Persönlichkeit des zukünftigen Präsidenten der Republik die Richtung, die die Exekutive der Legislative auf dem Wege der Reformen vorschlagen soll, zum Teil abhängt. Weil sie die Richtung jedoch nicht erkennen, in der sie vorgehen wollen, weil sie nicht den Mut haben zu sagen: wir sind für oder gegen den Schutzzoll, wir sind für oder gegen die unverstimmte Einkommensteuer, wir sind für oder gegen die Verwaltungsreform und die Zentralisation, deshalb fiel ihnen auch die Wahl eines Kandidaten so schwer.

Als Fallières gewählt wurde, da gab es noch ein Ziel, das die Linksrepublikaner einigte: es galt die Trennung von Staat und Kirche durchzuführen, den von Rom aus geleiteten Widerstand der gläubigen Katholiken zu brechen. Seither haben sich die Radikalen bei keiner einzigen Gelegenheit mehr so geschlossen zusammengefunden. Alle großen politischen und wirtschaftlichen Fragen haben Spaltungen unter ihnen hervorgerufen. Und die letzten Kammerwahlen haben so viel neue Elemente in die Kammer gebracht, daß die radikale Parteileitung vollkommen die Herrschaft darüber verlor. Man hat erlebt, daß radikale Kongresse Beschlüsse faßten, denen kurz darauf von den Abgeordneten zuwidergehandelt wurde. Man hat gesehen, daß Partei- und Fraktionsvorstände an ganz verschiedenen Strängen zogen. Kleinere Gruppen, wie die republikanische, „sozialistische“ und die progressivistische, konnten bei der Besetzung der Ministerien eine Rolle spielen, welche die Ohnmacht der Radikalen offenbarte. Die Präsidentschaftswahl war deshalb für die radikale Partei, die immer noch die stärkste ist, eine Lebensfrage.

Da es den Radikalen nicht gelang, „ihren“ Präsidenten durchzubringen, da sich der Wirrwarr dieser Partei im Wirrwarr der Wahl so drastisch manifestierte, dürfte ihre Zerfegung beschleunigt werden. Eine Neuorientierung der Parteien wird der Präsidentschaftswahl folgen — darin liegt ihre Hauptbedeutung.

Politische Rundschau

Deutschland.

Staatssekretär v. Jagow ist Bundesratsbevollmächtigter.

Auf Grund des Artikels 6 der Reichsverfassung ist der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Wirklicher Geheimrat von Jagow zum Bevollmächtigten des Bundesrats ernannt worden.

v. Jagow wird nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ am Mittwoch, nachdem er dem Papst am Montag seinen Abschiedsbesuch gemacht hat, von Rom die Heimreise antreten und am nächsten Freitag die Amtsgeschäfte in der Wilhelmstraße übernehmen.

Ein nationalliberal-freisinniges Landtagswahlbündnis für Schlesien.

Ganz im Stillen hat in Górlitz eine Zusammenkunft nationalliberaler Vertrauensmänner für den Wahlkreis Górlitz-Lauban stattgefunden, die sich mit den kommenden Landtagswahlen beschäftigte. Das Referat hielt Landtagsabgeordneter v. Schenkendorf-Górlitz. Aus dem von der nationalliberalen Lokalpresse veröffentlichten Bericht geht hervor, daß drei Wege für ein Zusammengehen der bürgerlichen Parteien und für die Verteilung der drei Landtagsmandate vorgeschlagen wurden: 1. Ein Zusammengehen mit den Konservativen, 2. ein Bündnis mit den Freisinnigen und 3. ein Dreibund, bestehend aus Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen. Dem letzten Vorschlag haben die Konservativen einstimmig zugestimmt. Die Freisinnigen haben ihn abgelehnt, weil sie sonst bei der nächsten Reichstagswahl auf eine Kandidatur verzichten und gleich für einen linksliberalen Kandidaten eintreten sollten. Ein Beschluß soll erst auf einer später stattfindenden Generalversammlung der Nationalliberalen gefaßt werden. Die Mehrheit neigt aber einem Bündnis mit den Freisinnigen zu. In Hinblick auf seine bisherige Bundesgenossenschaft mit den Konservativen hat der langjährige nationalliberale Landtagsabg. v. Schenkendorf gebeten, von seiner Kandidatur für den Landtag diesmal abzusehen.

Von Wichtigkeit ist noch, was dieser nationalliberale Führer über ein bereits im Vorjahre abgeschlossenes Wahlbündnis mit den Freisinnigen für ganz Schlesien sagte: „Für uns in Schlesien, wo unsere Partei in einer Reihe von Wahlkreisen ein Bündnis mit

der freisinnigen Partei abgeschlossen hat, ist Klarheit durch die einstimmige Stellungnahme unseres Provinzialvorstandes geschaffen, nämlich durch den einstimmig am 22. Oktober v. J. gefaßten Beschluß, in keinem Wahlkreis, in dem die fortschrittliche Volkspartei mit uns zusammengeht, oder von uns unterstützt wird, darf sie für einen sozialdemokratischen Kandidaten stimmen. Die freisinnige Provinzialleitung hat diesen Beschluß anerkannt.“

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Sonnabend den Nachtragsetat von 65 Millionen Mark bewilligt, der zur Errichtung verschiedener Bahnhofsbauten im Westen und auch zur Erhöhung des Unterstützungsfonds für Beamte dienen soll. Genosse Ströbel antwortete hierbei auf die Rede des Zentrumsabg. Bartscher und der anderen Verteidiger der Haltung des Zentrums bei der Besetzungsordnung. Bekanntlich war unserem Genossen vor einigen Tagen diese Antwort abgelesen worden; er holte sie nun gründlich nach und beludete nochmals die „Beamtenfreundlichkeit“ des Zentrums.

Dann wurde das Moorabzuggesetz in zweiter Lesung fertiggestellt. Hierbei gelang es, gegen den Widerspruch der Regierung, einige Verbesserungen durchzusetzen. So die, daß das Verfahren vor dem Bezirksauschuß öffentlich und mündlich sein soll und daß das Gesetz auf die Provinz Hannover beschränkt wird und seine Ausdehnung auf andere Provinzen nicht durch königliche Verordnung, sondern nur wieder durch Gesetz stattfinden kann.

Endlich wurde die Besprechung der Kollage des Realkredits fortgesetzt. Hierbei hielt nach längeren Ausführungen des Fortschrittlers Crüger-Hagen unser Genosse Borchardt eine von Sachkenntnis getragene Rede, in der er den ungeheuerlichen Ausschwindel und die kolossale Terrainspekulation gründlich besprach. Er wandte sich dagegen, daß heute der für die Menschheit unentbehrliche Boden eine Handelsware ist wie irgend etwas anderes, und er forderte die Überführung des Grundeigentums in den Besitz der Allgemeinheit, damit allen den bedauerlichen Zuständen, wie sie heute im Wohnungswesen und auf dem Grundstücksmarkt herrschen, ein radikales Ende bereitet werde. Der freikonservative Antrag, der von der Regierung eine Untersuchung der Zustände im Realkreditwesen verlangt, wurde einstimmig angenommen.

In der nächsten Sitzung, die am Dienstag stattfindet, wird das Moorabzuggesetz in dritter Lesung beraten und die zweite Lesung des Landwirtschaftsetats begonnen werden.

Mandatswüde.

Geheimrat Professor Freiherr v. Lisz hat erklärt, kein Mandat zum preussischen Landtag mehr annehmen zu wollen, damit er seine ganze Kraft den Arbeiten im Reichstag widmen kann. Das Mandat des Herrn von Lisz (Stadt Charlottenburg) ist den Fortschrittler sicher und wie verlautet, wollen sie den Piarer Naumann als Nachfolger auf den Schild erheben.

Ein nationalliberaler Schleppenträger der Scharfmacher.

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Böttger vertritt im Reichstage den großindustriellen Wahlkreis Duisburg-Mülheim, den er mit Hilfe der Zentrumsarbeiter bei der Stichwahl gewann. Diese Arbeiter werden sich heute nicht mehr der Ueberzeugung verschließen können, daß sie mit ihrer Wahlhilfe den Bod zum Gärtner gemacht haben. Herr Dr. Böttger, dessen scharfmacherische Klüwe längst kein Geheimnis waren, ist einer der rücksichtslosesten Sachwalter der Schwerindustrie, der kaum von dem jüngst verstorbenen Alexander Tille aus dem Saargebiet übertroffen werden konnte. In zwei Artikeln im „Tag“ befaßt sich Herr Dr. Böttger mit dem Schutz der Arbeitswilligen. Im ersten Artikel trägt er wahl- und unterschiedslos so ziemlich alles zusammen, was aus Polizeiquellen bisher über die Arbeiterbewegung verbreitet worden ist. Für ihn scheinen diese Dinge samt und sonders feststehende Tatsachen zu sein, obwohl er, wenn er sich die Mühe geben wollte, einmal die Gewerkschaftspresse einer Durchsicht zu unterziehen, doch wohl oder übel zu einer kritischen Betrachtung seines Materials kommen müßte. Der Agrarierhüpfel Dr. Dertel hat ja auch am Donnerstag, als erst der erste Artikel Böttgers erschienen war, Anlaß genommen, diesem „liberalen“ Volksvertreter seinen Dank und seine Hochachtung auszusprechen.

In dem zweiten Artikel wird Herr Dr. Böttger deutlicher. Er macht der Regierung Vorwürfe, daß sie die Fägel allzusehr schleifen lasse. Es werde nicht mehr vorgebeugt, sondern bis zur Entwidlung der Revolutionen abgewartet. Die Justiz schreite hinter-

Her mit schwerter Strafe ein, wo sie einmal der Täter habhaft wird, und sie erwecke dann den Eindruck, als wolle sie sich entschädigen für die vielen Straftaten, die nicht zur Aburteilung kommen. Selbst bis in das Parlament sei der Terrorismus schon eingedrungen, denn wer für einen besseren Arbeitsschutz plädiere oder klüme, werde sofort in der sozialdemokratischen Presse als Scharfmacher und als Feind des Koalitionrechts bezeichnet. Herr Dr. Böttger, dem eine solche Bezeichnung ganz gewiß keine Skrupel macht, weil er davon überzeugt sein muß, daß er sie ehrlich verdient, macht dann Vorschläge, die bei ihrer ganzen Bösartigkeit doch einer gewissen Originalität nicht entbehren. Die Streikposten will er erjehen durch — Plakate. Er stellt sich das so vor, daß die Streikenden große Plakate anhängen dürfen, auf denen die Arbeitswilligen auf die Tatsache des Streiks aufmerksam gemacht werden können und ferner darauf, daß ihnen die Streikleitung das Geld zur Rückreise bezahlen wolle. Als Anhänger unbedingter Parität wünscht Herr Dr. Böttger aber außerdem, daß daneben auch die Unternehmer ihre Plakate anhängen dürfen, auf denen die Angaben der Streikenden bestritten werden können. Um die Plakate zu schützen, wünscht er, daß Polizei davor aufgestellt wird. Außerdem verlangt er eine schärfere Fassung des § 240 des Strafgesetzbuches: Eine strafbare Nötigung und Bedrohung soll nämlich schon dann angenommen werden können, wenn Arbeitsgerät, Arbeitsmaterial, Arbeitsergebnisse oder Kleidungsstücke beschädigt oder vorerhalten werden. Herr Dr. Böttger will damit der Justiz eine ganze Reihe überaus dehnbarer Begriffe in die Hand geben, die es ermöglichen, Streikende auch aus ganz harmlosen Anlässen heraus schwerer Strafe zu überliefern. Daß manche Arbeitswillige nach solchem Ehrgefühl in sich haben, daß sie nicht wegen jeder Kleinigkeit nach Polizei und Staatsanwalt rufen, ist diesem Unternehmerjüngling ein ganz besonderer Dorn im Auge. Diejem „Mißstand“ will er damit entgegen treten, daß künftig zur Verfolgung solcher „Straftaten“ ein Antrag nicht mehr nötig sein soll, oder, daß einem Verein Klagelegitimation zur Klagestellung gegeben wird. Dieser Vorschlag kann nur so gemeint sein, daß den Unternehmerorganisationen das Recht eingeräumt werden soll, gegen Streikende Strafantrag zu stellen, auch wenn der Arbeitswillige, der sich beleidigt oder bedroht fühlte, eine solche Absicht garnicht hat. Die Vorschläge, die der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Böttger hier macht, sind entschieden schlimmer als das, was seinerzeit die Zuchtausgleichsvorlage anstrebte. Herr Böttger weiß aber, was er den Leuten schuldig ist, die ihm wieder zu einem Reichstagsmandat verholfen haben, und es sieht ihn durchaus nicht an, daß das Zentrum im Reichstage erklärt hat, die Vorschläge, die auf ein Verbot des Streikpostenstehens abgelaufen, ablehnen zu müssen.

Daß die gelben Gewerkschaften das Ideal des Herrn Dr. Böttger haben, kann nach alledem nicht verwundern, und so legt er der Regierung nahe, daß sie die nationalen gelben oder christlichen Vereinigungen unterstützen müsse. Diese nationalen Vereine müßten der Rückhalt der Arbeitswilligen bei unmotiviertem Streik sein. — Die christlichen Arbeiter werden sich allerdings bedanken, hier mit den gelben Streikbrechervereinen in einen Topf geworfen zu werden. Man muß es ihnen aber selbst überlassen, sich mit dem Herrn Dr. Böttger ob dieser Veranschaulichung in entsprechender Weise auseinanderzusetzen. Bedenklich ist nur, daß in der nationalliberalen Reichstagsfraktion der Abgeordnete Dr. Böttger mit seiner Ansicht nicht allein steht, haben doch im vorigen Jahre 11 Nationalliberale für den Zuchtausgleichsvorschlag der Konservativen gestimmt, und Herr Dr. Böttger hat es sicher nicht an rege Tätigkeit fehlen lassen, um im abgelaufenen Jahre einen weiteren Teil seiner politischen Freunde zu bekehren.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ berichtet in ihrer Ausgabe vom Freitag, dem 17. Januar allerdings, daß sie für solche Maßnahmen nicht zu haben wäre, sondern eine Regelung aller dieser Fragen bei der Revision des Strafgesetzbuches anstreben werde; wenn aber die nationalliberale Partei nicht ausdrücklich von diesem brutalen Scharfmacher abtrüdt, dann wird sie sich der Verantwortung für ein noch ungeheuerlicheres Treiben nicht entziehen können.

Gegen den Reichstagsabgeordneten Wettelle.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nimmt in ihrem Wochenrückblick in folgenden Ausführungen Stellung gegen Wettelle:

„Der Herr Wettelle hat sich in mehr oder weniger jähzornigen Äußerungen ausgesprochen, als warte eine unerträgliche Bedrückung über ihn her. Das ist so verstanden worden, daß er nicht gegen seine Köhler, ergeht sich hier aus den Reihen der rumpeligen Zeitungen. Demgegenüber würde es unerträglich sein, wenn Herr Wettelle sich als einer harmloseren Person als eines Verleumderes erweist. Sollte jemand hat der Staatsverrat durch den von Bülck im Abgeordnetenrat den Vorwurf der Verleumdung, daß es nicht auf einen ungesetzlichen Verleumdung, sondern auf den Eindruck und das Gefühl des Lesers ankommt. Im deutschen Reichstage ist dem Herrn Wettelle zu betonen gegeben worden, daß die Rechte in der Reichstagsversammlung, die Mitglieder des Reichstages zu sein, größtenteils verfallen.“

Der parlamentarische „Nachbote“ ist mit diesen Worten nicht zufrieden, sondern verlangt die Einstellung eines Verleumdungsgesetzes gegen Wettelle wegen Hochverrats.

Starke Abkühlung?

Zu einer Bundesversammlung der heillosen Lehrrerichte, die am 2. Januar in Darmstadt stattfand, und die sich mit dem vorliegenden Streitgegenstand beschäftigte, waren sämtliche Landtagsabgeordnete eingeladen. Die Teilnehmer erschienen ohne Ausnahme pünktlich und brachten ihre mehr oder minder große Gewissenhaftigkeit zum Ausdruck. Die Lehrrerichtungen zielten darauf ab, den Reichstag zu befehlen, daß die Lehrrerichtungen im Reichstag nicht stattfinden, sondern erst nach dem Reichstagsbeschluss. Die Lehrrerichtungen sind im Reichstag nicht stattfinden, sondern erst nach dem Reichstagsbeschluss. Die Lehrrerichtungen sind im Reichstag nicht stattfinden, sondern erst nach dem Reichstagsbeschluss.

auch im „staatlichen Interesse“; das Wormser Hehl-Organ aber stellte fest, daß die Lehrrericht mit der Sozialdemokratie „fraternisierter“ oder schon tatsächlich zu ihr „übergegangen“ ist, das sei „offener Verrat“. — Wenn nun noch nicht klar war, was die nationalliberalen Blätter damit sagen wollten, dem schenkt die „Wormser Zeitung“ vom 16. d. M. klaren Wein ein, indem sie feststellt, daß infolge des „starken Beifalls“ der Lehrer in allen maßgebenden Kreisen eine starke Abkühlung herbeigeführt ist. — Das soll doch wohl auf deutsch heißen: Die Nationalliberalen und ihr Klüngel werden nun nicht mehr für die Lehrrerforderungen zu haben sein. Warten wir ab, ob die Lehrrerfreundlichkeit der Nationalliberalen stark oder schwach abgekühlt ist.

Frankreich.

Nach der Präsidentenwahl. Das Ministerium hat beschlossen, keine Demission zu geben. Wahrscheinlich wird Briand Ministerpräsident.

Die Abstimmung der Sozialisten. Die Präsidentenwahl hat eine bemerkenswerte Disziplin der sozialistischen Fraktion gezeigt. Wohl brachte der erste Wahlgang eine peinliche Überraschung, da für den einstimmig aufgestellten Kandidaten Genossen Vaillant nur 63 Stimmen abgegeben wurden. Die Fraktion zählt derzeit 72 Mitglieder, zwei davon — die Genossen Vigne und Walter sind krank — es hatten also sieben Parteideputierte den Beschluß nicht eingehalten. Erfreulicherweise ergab aber der zweite Wahlgang eine völlige Einigkeit und Disziplin. Und doch schien die Situation jetzt gerade viel schwieriger. Wohl war der Sieg Poincares vorauszu sehen, da die radikale Linke, die unter Combes' und Clemenceaus Führung so schlecht wie nur denkbar manövierte, es nicht fertig gebracht hätte, einen neuen Kandidaten aufzustellen, der zu den für Pams abgegebenen Stimmen eine genügende Anzahl weiterer hätte gewinnen können. Nun hatte die Fraktion am Dienstag den Beschluß gefaßt, ihre Haltung im zweiten Wahlgang nach der Situation und mit Rücksicht auf die in Frage kommenden Persönlichkeiten einzurichten. Sollte sie für Poincare oder Pams stimmen? Es brauchte keiner langen Überlegung, um beide abzulehnen. Poincare war offenkundig der Kandidat der Rechtsparteien geworden, und es war zweifellos, daß sein Sieg von diesen als der Sieg der antidemokratischen, konservativen und nationalitätlichen Tendenzen, als ein Schritt zum persönlichen Regime in der Republik gefeiert werden würde. Andererseits aber schien es unmöglich, durch ein Eintreten für Herrn Pams der Revolte der Bezirkspolitiker gegen den Proporz das Siegel der Nationalversammlung aufzudrücken und die sozialistischen Stimmen einem Mann zuzuwenden, der seine parlamentarische Stellung weit weniger seinen politischen Leistungen als den persönlichen Geselligkeiten verdankt zu denen ihn sehr glückliche Vermögensumstände befähigen. Wenn Poincare die Hoffnung derjenigen ist, die auf die Einschränkung der Macht des Parlaments in der Republik hoffen, so ist doch kaum zu bezweifeln, daß ein Sieg des Herrn Pams das Ansehen des Parlamentarismus in den bürgerlichen Massen noch weiter heruntergebracht hätte. Es blieb also der sozialistischen Fraktion nur die Wahl zwischen der Unrechthaltung der Kandidatur Vaillants und die Stimmenthaltung. Die dritte Lösung, die Abstimmung freizugeben, fand so wenig Fürsprache, daß sie sofort ausfiel. Die Verschiedenheit zwischen der Auffassung der Anhänger der beiden Vorschläge war durchaus nicht prinzipieller Natur und die Unrechthaltung der Kandidatur Vaillants, die von vornherein die große Mehrheit hatte, wurde einmütig angenommen. Im zweiten Wahlgang erhielt dann auch Genosse Vaillant 69 Stimmen, das heißt die Einstimmigkeit aller Fraktionsmitglieder. (Genosse Ellen Prevozt hatte sich veripäet.) Dieses Ergebnis erfüllte alle Genossen mit Genugtuung. Als dann der Präsident der Nationalversammlung das Resultat des zweiten Wahlganges verkündete, brachen bei der Mitteilung der für Vaillant abgegebenen Stimmen die sozialistischen Deputierten in jähzornigen, lange anhaltenden Beifall aus, und aus den Hochrufen auf die soziale Republik stieg, zur Einstimmigkeit anschwellend, der Hochruf auf die Kommune empor, der dem allverehrten, noch immer in der ersten Kampfreihe stehenden Veteranen des proletarischen Klassenkampfes galt, aber eine, die persönliche Anerkennung überragende Bedeutung in diesem Versailles Schloß erhielt, das 1871 die infamsten Hoforgien der parlamentarischen Ordnungsmenge gesehen hat.

Rußland.

Die Fenster der Freiheit Finnlands. Der Kaiser hat den Verkauf des Ministerrats bestätigt, durch den die Petition des finnischen Landtags abgelehnt wird, in der gegen die Verringerung des finnischen Territoriums protestiert wird. Der Ministerrat erklärte die scharfe Form der an den Kaiser gerichteten Petition für unzulässig.

Balkan.

Vogel, früh oder spät! Die Großmächte, die bei Ausbruch der Feindseligkeiten großmütig erklärten, sie würden es nicht zugeben, daß an dem Status quo auf dem Balkan irgend etwas geändert würde, haben mit ihrer Kollektionsnote der Türkei die Pistole auf die Brust gesetzt. Adrianopel, das heute doch noch türkischer Besitz ist, soll aufgegeben werden. Das ist der erste Streich. Und der zweite — die Ueberlieferung der Negäischen Inseln an die der Türkei feindseligen Mächte — dürfte auch nicht lange auf sich warten lassen. Die Türkei ist jetzt in einer unangenehmen Lage. Lebt sie letzten Endes die Vorschläge der Großmächte ab und erfolgt keine anderweitige Verständigung, dann hat sie nicht nur die Balkanverbündeten, sondern auch die Großmächte gegen sich. Verschlimmert wird die Situation noch durch den Umstand, daß jetzt die türkische Flotte durch die griechische gesplagelt worden ist.

Die Kollektionsnote der Mächte hat folgenden Wortlaut:

Die unterzeichneten Botschafter von Oesterreich-Ungarn, England, Frankreich, Rußland, Deutschland und Italien sind von ihren Regierungen beauftragt,

dem Minister des Auswärtigen Sr. Majestät des Sultans folgende Mitteilung zu machen: In dem Wunsch einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten vorzugehen, glauben die genannten Mächte die Aufmerksamkeit der ottomanischen Regierung auf die schwere Verantwortung zu lenken zu sollen, die sie auf sich nehmen würde, wenn sie entgegen den Ratschlägen der Mächte die Wiederherstellung des Friedens verhinderte. Sie würde es nur sich selbst zuzuschreiben haben, wenn die Fortsetzung des Krieges die Folge hätte, das Schicksal der Hauptstadt in Frage zu stellen und vielleicht die Feindseligkeiten auf die asiatischen Provinzen des Reiches auszudehnen. In diesem Falle wird sie nicht auf einen Erfolg der Bemühungen der Mächte rechnen können, sie vor den Gefahren zu bewahren, denen sich aussetzen sie ihr bereits widerraten haben und auch weiter abreden. Wie die Dinge liegen, wird die ottomanische Regierung nach dem Friedensschlusse des moralischen und materiellen Beistandes der europäischen Großmächte bedürfen, um die Schäden des Krieges wieder gut zu machen, ihre Stellung in Konstantinopel zu festigen und die weiten asiatischen Gebiete in guten Stand zu setzen, deren Gedeihen ihre wirksamste Stärke bilden wird. Um dieses notwendige Werk zu unternehmen und durchzuführen, würde die Regierung des Sultans auf die Wirksamkeit der wohlwollenden Unterstützung der Mächte nur dann rechnen können, wenn sie ihren Ratschlägen folgt, die von den allgemeinen Interessen Europas und denen der Türkei eingegeben sind. Daher glauben die europäischen Großmächte gemeinsam der ottomanischen Regierung erneut den Rat geben zu sollen, der Abtretung der Stadt Adrianopel an die Balkanverbündeten zuzustimmen und den Großmächten die Sorge zu überlassen, über das Schicksal der Inseln des Negäischen Meeres zu befinden. Gegenüber diesen Zugeständnissen würden die genannten Mächte sich angelegen sein lassen, den Schutz der muslimanischen Interessen in Adrianopel und die Achtung vor den in dieser Stadt befindlichen Moscheen, religiösen Gebäuden und Grundstücken zu sichern. Sie würden ebenso dahin wirken, daß bei der Lösung der Frage der Inseln des Archipels jede Drohung für die Sicherheit der Türkei ausgeschlossen bleibt.

Nach einem Privattelegramm des „Berl. Lokalanzeiger“ hat die Antwort der türkischen Regierung auf die Gesamtnote der europäischen Großmächte folgenden Wortlaut:

„Von ethnographischen Standpunkte aus sind die Bulgaren im Vilajet Adrianopel in Minderheit nicht nur zu den Mohammedanern sondern auch zu den übrigen Christen. Adrianopel hat sich bisher gehalten und wird sich weiter halten. Seine Aufgabe würde das Califat schwer schädigen, weil sich dort heilige Gräber befinden. Ferner ist es der Schlüssel zur Hauptstadt. Seine Aufgabe gefährdet die Existenz des ganzen Reiches. Aus diesen Gründen kann Adrianopel nicht abgetreten werden. Die Pforte bittet die Großmächte, eine ähnliche Demarche, wie bei ihr, bei den Balkanstaaten zu unternehmen, um, ohne die Existenz des Reiches zu gefährden, eine Basis für eine Verständigung zu finden, da die Pforte eine Einigung ehrlich wünscht. Sie ist selbst zu neuen Opfern bereit, um zu diesem Ziele zu gelangen. Bezüglich der Inseln können diejenigen an der asiatischen Küste keinesfalls abgetreten werden, dagegen ist man bereit, über die anderen zu verhandeln.“

Diese Antwort soll keinesfalls vor Dienstag überreicht werden.

Die verbündeten Balkanstaaten schmieden das Eisen so lange es heiß ist. Sie ließen, wie verlautet, durch den russischen Botschafter der Pforte ein Ultimatum überreichen, indem sie aufgefordert wird, sich binnen vier Tagen über Krieg oder Frieden zu entscheiden.

Wie schon erwähnt, hat die griechische Flotte der türkischen eine Schlacht geliefert. Bei Tenedos kam es zum Kampf, der drei Stunden währte. Die türkische Flotte mußte sich in die Dardanellen zurückziehen. Näheres ist noch nicht bekannt geworden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 20. Januar.

Jahresbericht des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Zahlstelle Lübeck, für 1912. War das Jahr 1912 im allgemeinen in bezug auf Arbeitsgelegenheit einigermaßen günstig zu nennen, so traten doch Umstände ein, die die Arbeiter in der Brauerei- und Mühlenindustrie in ständiger Erregung hielten. Die stete Preissteigerung der Rohmaterialien für die Brauindustrie, ferner die späte Zufuhr von Getreide für die Mühlen war auch auf die Brauerei- und Mühlenarbeiter nicht ohne Folgen geblieben. Hinzu kam noch die erhebliche Verteuerung aller wichtigsten Lebensmittel, unter welcher die Arbeiter zu leiden hatten. Wenn im verfloßenen Jahre die Zahl der von uns geführten Lohnbewegungen geringer war, als im Vorjahre, so doch nur, weil wir bereits mit allen Betrieben, mit Ausnahme der Grömmühle, ein Tarifverhältnis hatten. Im Berichtsjahre konnten wir erstmalig mit der Rakeburger Aktienbrauerei, mit der Brennerei Krummsee und mit der Kunstmalzmühle ein Vertragsverhältnis eingehen. In den Tarifbewegungen nahmen 26 Brauerei-, 14 Mühlen- und 4 Brennereiarbeiter, zusammen 44 Kollegen, teil. Erreicht wurde für dieselben neben einer wöchentlichen Lohnzulage von 1 bis 3 Mark eine halbtägige Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Außerdem wurden die überstundenzulage um 5 bis 10 Pf. erhöht und anderes mehr. Einen längeren Kampf hatten die Kollegen der Grömmühle zu bestehen, welche aus Anlaß einer Maßregelung eines Kollegen im Dezember des Vorjahres in den Streik traten. Nach wiederholten Verhandlungen mit dem Inhaber der Mühle wurde unzureichend im März der Streik für beendet erklärt. Leider war es nicht möglich, den größten Teil der Streikenden wieder in diesen Betrieb unterzubringen und mußten sich die betreffenden Kollegen anderweitig Beschäftigung suchen. Im Streik waren 20 Kollegen beteiligt, die insgesamt 4029,50 Mark Streikunterstützung bezogen. Wenn von einem Erfolg unsererseits gesprochen werden soll, so kann man die Abschaffung der Gratifikationen und die Aufhebung des im Betriebe herrschenden Sparstrens als solchen bezeichnen. Waren auch die Opfer unsererseits ziemlich groß, so sind wir doch der Meinung, daß die Rettung der Grömmühle in Zukunft es nicht wieder zu dergleichen Katastrophen kommen läßt, zumal ja

mit ihren Kaszschern die besten Erfahrungen gemacht hat. Wir wollen an dieser Stelle nicht einmal auf die Ergebnisse, welche die Hingebenen Ingenieur haben, eingehen. Sie dürften vielen noch im Gedächtnis sein. Außer kleineren Differenzen in einzelnen Betrieben, welche durch den Vorstand geregelt wurden, verlief das Berichtsjahr ruhig. Die Mitgliederbewegung war auch im verflorenen Jahre eine rege. Sie betrug am Schlusse des Vorjahres 315, darunter 10 weibliche; der Zugang von Mitgliedern betrug 59, darunter 10 weibliche, der Abgang 43, darunter 7 weibliche; bleiben am Schlusse des Jahres 1912 331 Mitglieder, darunter 13 weibliche. Am Orte selbst befanden sich 284 Mitglieder, während 47 Mitglieder außerhalb Lübeds wohnen. Wenn in den letzten Jahren auch schon ein größerer Mitgliederzuwachs zu verzeichnen gewesen ist, so doch nur, weil das Tätigkeitsfeld damals noch ein größeres war, als dies heute der Fall ist. Damit wollen wir allerdings nicht sagen, daß die Zahlstelle innerhalb ihres Organisationsgebietes nicht noch eine erhebliche Zahl Indifferenter zu organisieren hätte. Die von uns noch nicht gewonnenen Kollegen sind für die Organisation schwer zugänglich. Wenn dennoch im Berichtsjahre ein kleiner Mitgliederzuwachs zu verzeichnen war, dann können wir immerhin befriedigt sein. Es ist erklärlich, je weiter sich die Zahlstelle ausbreitet, desto reger wird auch die Korrespondenz. In verflorenen Jahre gingen 283 Postfächer ein, während der Ausgang sich auf 361 Postfächer belief. Die Kassenerhältnisse gestalteten sich auch im Berichtsjahre wieder günstig, trotz der großen Krankenziffer. Die Gesamteinnahme der Hauptkasse betrug am Schlusse 1912 7525,75 Mark; abgesetzt an die Hauptverwaltung konnten 4700,82 Mark werden. Der Bestand der Lokalkasse betrug am Schlusse des Jahres 1912 2018,75 Mark. Die Mitgliederversammlungen, welche allmonatlich stattfanden, waren durchschnittlich nur mäßig besucht. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 37 Vorstands- und anderen Sitzungen. Es wurden ferner noch 11 Betriebsbesprechungen abgehalten. An auswärtigen Versammlungen wurden je 8 in Rakeburg und Gredesmühlen und eine in Möln abgehalten. An Vergnügen wurden zwei begangen, und zwar ein Sommerausflug und ein Stiftungsfest. Außerdem fand im April die Wahl eines Delegierten zum Verbandstag statt. Eine Agitation unter den Mühlenarbeitern brachte nicht den erwarteten Erfolg. Wie denn überhaupt die Organisation unter den hiesigen Mühlenarbeitern noch recht lose ist. Wenn wir nun unseren Bericht schließen, wollen wir nicht unterlassen, die erste Mahnung an unsere Mitglieder zu richten, unermüdetlich mitzuarbeiten auf der Bahn, die wir beschritten. Es gilt die Unorganisierten aufzuklären und die Launen aufzurütteln. Fort mit dem Indifferentismus, hinein in die Organisation! Vereinzelt sind wir nichts, aber geschlossen sind wir eine Macht.

b. Vor der dritten Strafkammer hatte sich am Sonnabend ein 21jähriger Sch. wegen Betrugs zu verantworten. Trotz seiner Jugend hat der Angeklagte schon mehrere derartige Vorstrafen erlitten. Kaum einige Wochen aus dem Kiele Gefängnis entlassen, wo er ein Fährchen zugebracht hatte, unternahm er hier wieder einen Schachzug bei einem Goldarbeiter. Er stellte sich bei diesem als Freund von dessen Verwandten vor, gab an, schon mehrere Jahre an der Commerzbank angestellt zu sein und wünschte ein Zigarettentüt zu kaufen. Dies sollte als Geschenk eines Kollegen dienen, und da mehrere dazu beitragen sollten, mußte es schon was Gutes sein. Er wählte ein solches zum Preise von 25 Mark. Am nächsten Ersten sollte dann der Ritt bezahlt werden. Mit dem Tüt wanderte der Leichfährliche zum nächsten Pfandleiher und verpfandte es für 7 Mark. Der Angeklagte ersuchte um mildernde Umstände, da er sich „in fester Stellung“ befinde. Diese wird nun auf weitere neun Monate unfindbar. — Wegen gewerbsmäßiger Hehlerei waren ein Krämer, ein Hafnarbeiter und ein Gärtner angeklagt. Alle drei hatten von zwei Hafnarbeitern Gerste und Mais zu einem billigeren als dem üblichen Preise bezogen. Die Frucht war gestohlen und dafür verübten die beiden Hafnarbeiter gegenwärtig auch längere Freiheitsstrafen. Es handelt sich heute nun darum, ob die Angeklagten wußten, daß sie gestohlenen Gut kauften. Die Frucht wurde als Fegelf angeboten, vom Krämer als Hühnerfutter mit geringem Nutzen wieder verkauft und von den andern beiden Angeklagten zu Pferde- und Schweinefutter verwendet. Die gekauften Mengen waren verschieden. Der Krämer bezog 150 und 400 Pfund, der Hafnarbeiter resp. Landwirt 130 und 300 Pfund und der Gärtner gar 600 und 1200 Pfund. Die Angeklagten erklärten sämtlich, daß das Getreide minderwertig gewesen sei und ihnen als Fegelf verkauft wurde. Solch große Quanten zusammengefügtes Korn kommen natürlich selbst bei den größten Schiffsentladungen von dreißigtausend und mehr Saß nicht vor. Selbst wenn der Abfall so groß wäre, dürften die Leute diesen nicht mitnehmen, nur hin und wieder wird den Beteiligten gestattet, ein bißchen zusammengefügtes mit nach Hause zu nehmen. Alles bleibt Eigentum der Firma. Die Anklagebehörde wirft den Beschuldigten vor, daß sie beim billigen Angebot so großer Mengen durch einfache Arbeiter hätten ruhig werden müssen, und daß ferner das Herkommen des Getreides ihnen Zweifel am rechtlichen Erwerb aufkommen lassen mußten. Der Staatsanwalt hält die drei Angeklagten der gewerbsmäßigen Hehlerei für schuldig und beantragte gegen den Krämer 1 Jahr Zuchthaus, gegen die beiden andern, denen er zwei Fälle gewerbsmäßiger Hehlerei zur Last legt, je 1 Jahr drei Monate Zuchthaus. Das Gericht faßte die ganze Sache wesentlich milder auf und nahm nur einfache Hehlerei an. Doch mußten sich die Angeklagten sagen, daß der Erwerb nicht ehrlich war, wenn das Getreide — wie bei dem Gärtner und Hafnarbeiter — mit Wagen angefahren kam. Es verurteilte den Krämer er und den Gärtner zu je 2 Monaten und den Hafnarbeiter zu 3 Monaten Gefängnis. Die drei Verteidiger hatten Freisprechung beantragt.

Die Volkshilfsbildung nach Art der studentischen Arbeiterunterrichtsstufe, über deren Einrichtung wir bereits berichtet, beginnen in der ersten Februarwoche; der von Herrn Dr. Böring über Bau und Tätigkeit des menschlichen Körpers am Dienstag, dem 4. Februar, der von Herrn Professor Anthes über neuere deutsche Dichter am Freitag, dem 7. Februar, beide abends 8½ Uhr im Johanneum. Wegen der Verkaufsstellen der Karten, die 1 Mk. für einen, 1,50 Mk. für beide Kurse kosten, verweisen wir auf die Anzeige in unserer Sonnabendnummer. Die Kurse werden so gehalten, daß sie für die weitesten Kreise verständlich sind, und den Teilnehmern wird jedesmal Gelegenheit gegeben, Fragen zu stellen; es sollen jedesmal aus dem Kreise der Teilnehmer zwei Obmänner gewählt werden, die mit dem Vortragenden zusammen diese Aussprache am Schluß des Vortrages regeln werden.

pb. Verhaftungen. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Schwerin, der seitens der Königl. Amtsanwaltschaft in Rakeburg wegen Unterschlagung flechtbrieflich verfolgt wird. — Ermittelt und festgenommen wurde ein Stellungsloier angeblicher Chauffeur von hier, der sich in einem in der Königstraße belegenen Hause des Diebstahls von Kleidungsstücken schuldig gemacht hat. Er hatte mit einem in dem Hause wohnenden Mädchen Bekanntschaft gemacht und diese Gelegenheit zur Ausführung der Diebstähle ausgenutzt.

pb. Diebstähle. Am 19. d. M. nachmittags gegen 3 Uhr sind von der Hausdiene eines Hauses Sr. Bauhof zwei blau

und weiß gestreifte Oberhemden und 1 Stück Suppenfleisch gestohlen worden. An den Oberhemden befindet sich im Quader ein roter Faden. — In der Nacht zum 18. d. Mts. sind aus einem Schaukasten in der Großen Burgstraße 1 weißer Brustschüler, 4 Kragenschoner mit weißem, rötlichem und bla Muster und 2 Paar weiße Kinderhandschuhe gestohlen worden.

pb. Einbruch in Haffrug. Am 26. v. M. wurde in einer Villa in Haffrug ein Einbruchdiebstahl verübt, wobei den Dieben verschiedene wertvolle Gegenstände in die Hände fielen. Nachträglich wurde noch festgestellt, daß noch folgende besonders wertvolle auf Künstlerleinen hergestellte Stückerien gestohlen sind, nämlich eine Chaiselonge, eine große und eine mittelgroße Tischdecke und 2 Paar Gardinen. Sämtliche Stückerien haben geometrische Muster, sind Originalentwürfe und aus schwarz und rotem, bezw. gelb und schwarzem Garn gearbeitet.

Das Gastspiel der Schillerfeier im Hansa-Theater findet das regste Interesse des Publikums. Gestern waren wieder beide Vorstellungen stark besucht. Die Leistungen der Künstler erregten Bewunderung und stürmischen Beifall.

Neues Stadttheater. Aus der Kasse wird uns geschrieben: Im Schauspiel gibt es am Mittwoch, dem 22. Januar, eine Wiederholung aus der vorigen Spielzeit, die sicher nicht unwillkommen ist und sehr interessieren wird: „Im weißen Rößl“ von Blumenthal und Kadelburg, ein Lustspiel, das seit seinem ersten Erscheinen auf der Bühne infolge der ihm innewohnenden Frische und Lustigkeit ungeahnte Aufstufungen erlebte. Mit dem „Weißen Rößl“ steht zugleich Ludvig Thomas reisender Einakter, die Komödie „Lottchen s Geburtstag“ auf dem Spielplan.

**Väter und Mütter
der Arbeiterschaft!**

Schickt eure schulentlassenen
Söhne und Töchter zu den
Veranstaltungen der :: ::

Freien Jugend Lübeds!

Kensfeld. Gemeinderatssitzung. Die erste Sitzung des neugewählten Gemeinderats wies eine reichhaltige Tagesordnung auf. Es wurden zunächst die neugewählten Mitglieder verpflichtet. Sodann erfolgten die Wahlen der Armenkommission. Als Armenhausvorsteher — bisher Landwirt Wilken — wurde Schuhmacher Offen, als Mitglieder für Kensfeld und Al-Mühlen die Genossen Staat und Klünder sowie der Arbeiter S. Köster, Mühlenstraße, gewählt. Für Gr.-Parin wurde Gemeinderatsmitglied Hein, für Hordsdorf Hulner Kuhlmann, für Al-Parin Hulner Eigen, für Hordsdorf Mitglied Techau und für Cleve, Cleverbrück und Landwehr Gastwirt Guhl bestimmt. Die Festlegung der Voranschläge ergaben im Gemeindeetat eine Einnahme von 7880 Mk. und eine Ausgabe von 17 160 Mk., so daß 40 Prozent der Gesamtsteuer gleich 8800 Mk. erhoben werden müssen. Es wird sich demnach die Einnahme auf 16 680 Mk. stellen. Es ergibt sich also ein Fehlbetrag von 480 Mk. Der Fehlbetrag verringert sich jedoch gegen das Vorjahr wesentlich, da wir aus voriger Rechnung einen Vorschuß des Rechnungsführers in Höhe von 2000 Mk. übernehmen müssen. Der Armenetat stellt sich in seinem Abschluß etwas günstiger. Er weist eine Ausgabe von 8473 Mk. und eine Einnahme von 4900 Mk. auf. Erhöhen müssen werden 30 Proz. der Einkommensteuer gleich 4770 Mk. Die Einnahme beträgt 9670 Mk., die Ausgabe 8473 Mk., Mehreinnahme 1197 Mk. Aus früherer Rechnung ist ein Kassenschatz von 2800 Mk. übernommen. Der Voranschlag für das Schulwesen stellt eine Ausgabe von 37 110 Mk. fest, demgegenüber steht eine Einnahme mit Steuern 100 Proz. der Einkommensteuer (15 700 Mk.) und 30 Proz. der Gesamtsteuer (6570 Mk.) von 38 219 Mk. Es ergibt sich ein Einnahmeüberschuss von 1109 Mk. Ein Vorschuß des Rechnungsführers von 2000 Mk. ist mit übernommen. In der Ausgabe nimmt die Position „Gehalt der Lehrer“ mit einer Summe von 24 238 Mk. ohne Arbeitslehrerinnen den ersten Rang ein, die jedoch nach § 83 des neuen Schulgesetzes als Beihilfe in Höhe von 15 647 Mk. vom Staat zurückerstattet wird. Mitverrechnet sind 2500 Mk. (nach der neuen Besoldung für Staatsdiener usw. vom Januar 1913). Ein Schulneubau für Kensfeld wurde stark diskutiert. Beschlossen wurde, bei der Regierung um Genehmigung zur Erbauung einer zehnklassigen Schule auf dem Capellen Grundstück nachzugehen. In Armenfragen wurde beschlossen, die Kinder Wehns im Armenhause aufzunehmen. Der Antrag der von ihrem Manne getrennt lebenden Frau W. auf Erhöhung ihrer Unterstützung wurde als unbegründet abgelehnt. Dasselbe Schicksal erging dem Antrage der geschiedenen G., ihr im Falle ihrer Wiederheiratung für die zwei aus erster Ehe stammenden Kinder 18 Mk. monatlich aus öffentlichen Mitteln weiter zu gewähren. Der Witwe Beth bleibt der Posten als Armenhausaufseherin nach den alten Sätzen überlassen. Das nötige Armenholz soll in den Forsten gekauft werden. Mit der Ausführung soll der Gemeinbedienter beauftragt werden.

Bad Odesloe. Durch Flammen zerstört wurde das Gewese des Landmanns Meyer in Rethwischdorf. Das Vieh und ein großer Teil des Inventars wurde gerettet.

Wandsbel. An der Bürgermeistereiwahl wollen sich hier erstmalig die Sozialdemokraten beteiligen. Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins beschloß, für den Stadtrat Freise in Kiel einzutreten, der für den Bürgermeisterposten kandidiert. Natürlich werden die Spießer über dieses Vorgehen unserer Genossen in ein Wutgeschrei ausbrechen. Bisher machten sie ja allein den Bürgermeister.

Kiel. Beim Essen erstickt. Dem Arbeiter R. in der Kieselstraße kam beim Essen ein Bissen in die Luftröhre. Bevor ärztliche Hilfe eintraf, war der Unglückliche erstickt.

Kappeln. Mordversuch und Selbstmord. Der 18 Jahre alte Schweizer Alfred Dreger und die Dienstmagd Martha Bonjen, beide bei dem Hospizpächter B. Clausen in Faulück in Diensten stehend, wollten gemeinschaftlich einen Besuch bei Bekannten in Rarshau machen. Unterwegs soll Dreger dem Mädchen Vorhaltungen gemacht haben über anderweitige Liebchaft. Als aber sein Liebeswerben kein Gehör fand, habe er, durch Eifersucht getrieben, einen Revolver gezogen und zuerst einen Schuß auf das Mädchen abgefeuert, das am Kopfe getroffen wurde und infolge des Schusses zu Boden stürzte, und dann, weil er sein Opfer für

tot hielt, die Waffe gegen sich selbst gerichtet und seinem Leben ein Ende gemacht. Das Mädchen hatte jedoch nur einen Streifschuß am Kopfe erhalten.

Schwerin. Der mecklenburgische Landtag und die ritterschaftlichen Lehrer. Die „Lehrerkorrespondenz“ schreibt: Im Jahre 1908 nahm der Landtag eine Besoldungsordnung für die ritterschaftlichen Lehrer an. Dieselbe ist aber so ungenügend, daß bereits 1910 die Regierung mit einem Verbesserungsentwurf an den Landtag herantrat. Natürlich lehnte dieser glatt ab, auch 1911. Aber die Regierung ließ nicht locker, sie kam auch dem jüngsten Landtage wieder. Sie war ganz außerordentlich bescheiden, sie forderte 1200 bis 2000 Mk., dieselbe Regierung, die 1897 aus sprach: „Nach den Erfahrungen und nach Zukunft zuverlässiger, tüchtig wirtschaftender Beamten erfordert unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein einfacher Hausstand eines verheirateten Subalternbeamten beim Mangel eigenen Vermögens ein Dienst Einkommen von 1800 Mark. Dabei wird sparsame Wirtschaftsführung vorausgesetzt und sind außergewöhnliche Verhältnisse wie Unglück und Krankheit nicht in Rechnung gezogen.“ Inzwischen ist nun der Durchschnittspreis aller Lebensmittel um mehr als die Hälfte gestiegen und doch fordert die Regierung für die Lehrer wesentlich weniger. Den Ritzern war aber die Forderung der Regierung noch zu hoch. Sie weisen hin „auf die im Sommer nur leichte Bürde des Schuldendienstes und auf die ausgebeuteten Ferienzeiten, die beide dem Landtschullehrer Monate hindurch eine beschauliche Lebensweise, eine erfolgreiche Betätigung in den verschiedenen Zweigen seiner kleinen Wirtschaft und gegebenenfalls noch anderweitige Beschäftigung (vielleicht mit Bienenzucht oder auch mit Privatstundengeben) ermöglichen.“ Außerdem reden sie von einer in „oft fast noch altzu jugendlichem Alter erfolgenden Anstellung“. So wurden denn als ausreichend Gehälter von 1000 bis 1800 Mark, erreichbar in 24 Dienstjahren, festgelegt. Weil mehr als 100 Lehrer erhalten keinen Pfennig Aufbesserung, die übrigen Lehrer in der Ritterschaft 50 bis 200 Mk. Ein Vergleich mit anderen Staaten ist den Ritzern nicht angenehm und erhebt ihnen nicht maßgeblich, „weil offenbar manche Staaten infolge großen Lehrermangels aus einem Notstande heraus sich zu einer durchaus nicht nur nach Ansicht der mecklenburgischen Stände zu weitreichenden Aufbesserung der betreffenden Lehrergehälter haben entschließen zu sollen gelaugt“. Als ob irgendwo in deutschen Landen der Lehrermangel jemals größer war als in Mecklenburg! Bisher hatte sich die Regierung dagegen gewehrt, die Loskaufsumme zu erhöhen und die Zeit der Gebundenheit der Lehrer zu verlängern. Jetzt gibt sie ihre Zustimmung, daß letztere auf 10 Jahre (bisher 5) und erstere auf 100 Mk. für das Jahr (bisher 60 Mk.) erhöht wird, falls eine Verständigung in der Gehaltsfrage erzielt wird. Soffentlich zieht sie nach den Beschlüssen des Landtages diese Zugeständnisse zurück. Das Recht der willkürlichen, unbeschränkten Kündigung, das die Regierung auf die ersten drei Dienstjahre beschränken wollte, dehnt der Landtag auf die zehn ersten Dienstjahre aus. An Pension schlug die Regierung dieselben Pensionsätze vor, die für die übrigen Lehrer und für die Beamten des Landes Geltung haben, 25 Proz. nach 10 Dienstjahren, bis 90 Proz. nach 50 Dienstjahren, der Landtag bewilligte 300 bis 1440 Mk., das sind 22 bis 80 Proz. Die Prozentätze sind auf allen Stufen schlechter als die sonst im Lande und im Reich geltenden. — Der Landtag hat in seiner letzten Tagung wieder aufs klarste bewiesen, daß er zu jeglichem Kulturfortschritt vollständig unfähig ist, und daß im Interesse der kulturellen Entwicklung Mecklenburgs je eher je lieber seinem Wirken ein Ende gemacht werden muß.

Parchim. Geborstene Ordnungssäule. Der Polizeisekretär und Ratprotokollist Drich in Parchim ist mit der Kasse der Luftbarkeitssteuer, die 1000 Mk. enthielt, durchgebrannt. Dem Flüchtigen war keine Stellung zum 1. April gekündigt worden.

Wirov. Beim Schlittschuhlaufen ertrank auf dem Jozen-See bei Wabke der Arbeiter Schwerdtfeger aus Kriente.

Bremen. Eine Familientragödie ereignete sich Freitagabend spät in der Woltmershauser Vorstadt. Ein in der Gröplinger Vorstadt wohnhafter Arbeiter lebte seit einiger Zeit von seiner Ehefrau getrennt. Seinen wiederholten Aufforderungen, zu ihm zurückzukehren hatte die Frau keine Folge geleistet. Freitagabend äußerte sich der Arbeiter anderen Personen gegenüber, daß er erst seine Frau und dann sich selbst erschießen wolle. Mit einem geladenen Revolver begab er sich in die an der Woltmershauserstraße belegene Wohnung seiner Ehefrau, die aber abwesend war. Der Mann schoß sich dann in der Wohnung seiner Frau eine Kugel in den Kopf. Schwerverletzt wurde er ins Krankenhaus gebracht. — Vom Zuge überfahren und getötet wurde Freitagabend in der Nähe der Haltestelle Ostlebshausen ein Mann aus Ritterhude. Ob Selbstmord oder ein Unglücksfall vorliegt, war noch nicht festzustellen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Mehr Licht!

Als am Sonnabend morgen 6½ Uhr die Arbeiter der Lübeder Maschinbau-Gesellschaft auf ihrem Stahlfloß zur Arbeit eilten, bemerkten sie, daß sich ihren Rädern auf dem Radfahrweg in der Karlstraße erhebliche Hindernisse in den Weg stellten. Mehrere Radfahrer stürzten und einer derselben erlitt hierbei eine Verletzung. Trotzdem ihre Räder beleuchtet waren, konnten sie von ihrem Sitz aus die Hindernisse — es waren Eisstücke, die beim Transport vom Wagen herabgefallen waren — nicht erkennen. Es mangelt hier nämlich an der dringend erforderlichen Beleuchtung. Nach unserer Meinung wäre es Pflicht der maßgebenden Behörden, hier schleunigst für Abhilfe zu sorgen, damit Unglücksfälle vermieden werden. — Ferner möge einmal erwogen werden, ob es nicht möglich ist, den Radfahrweg vor der Spendlerischen Wirtschaft zu verlegen. Derselbe ist nur 1½ Meter von dem Wirtschaftsausgang entfernt. Wie leicht kann hier trotz größter Vorsicht ein Unfall passieren.

Mehrere Radfahrer.

Briefkasten.

Zwei Streitende. Eine Gebühr für Konfirmandenunterricht wird nach dem Einkommen der Eltern des Konfirmanden erhoben. Sie beträgt bei einem Einkommen von über 2000—2500 Mk. 3 Mk., über 2500—3000 Mk. 5 Mk., über 3000—4500 Mk. 10 Mk., über 4500—7500 Mk. 20 Mk., über 7500—10 000 Mk. 30 Mk., über 10 000 Mk. 50 Mk. Bei einem Einkommen unter 2000 Mk. wird eine Gebühr nicht erhoben.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübed und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: F. H. Schmarck, Druck: Friedr. Meyer & Co., Sämtlich in Lübed.

Sonntag mittag 1 Uhr farb plötz-
lich und unerwartet mein lieber
Mann und meiner Kinder treu-
sorgender Vater, der Klempner
Fritz Braun
im Alter von 49 Jahren.
Tief betrauert von den Hinter-
bliebenen. 520
Auguste Braun Wwe.,
geb. Strehow.

Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, dem 22. Januar, nachmittags
1 1/2 Uhr, vom Vorwerker Friedhof
aus statt. Trauerfeier 1 1/4 Uhr.

Flotte Damen-Masken-Anzüge
billig zu vermieten.
518) Gudenstraße 37-39, II.

**Herren- und Damen-Masken-
Anzüge (Marine)** zu vermieten.
510) In der Mauer 44, part.

Wegen Familienfeier bleibt am
Dienstag, dem 21. d. Mts., mein
Geschäft von 12 Uhr abends an
geschlossen. 511

Heinr. Schütt, Augustenstr. 14.

Hasenfelle
Kamm, Duchs, Manden, Hals usw.
Pferdehaare
Mähnen, Köpfe, reißbare
Kamm zu höchsten Preisen
J. L. Würzburg, Bahnh. 22 a.

Visitkarten
— ff. Elfenbeinkarten —
100 Stück von Mk. 1.— an

Die Buchdruckerei des
Lübecker Volksboten :

**Verband der
Fabrikarbeiter Deutschl.**
Sachliche Arbeit.
Ehrliche Rücksicht.

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, d. 21. Januar 1913
abends 8 Uhr
im Saale von **Dieckelmann,
Kücknitz.**

Agenda-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 4. Quart. 1912.
3. Vortrag des Kollegen Radde,
Lübeck.
4. Anträge zur Generatorenammlung
und Wahl der Delegierten zu
verlesen.
5. Verschiedenes.
6. Schlusswort des Vorsitzenden erliegt
der Öffentlichkeit.
Die Schriftleitung.

Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsbüro Lübeck.

**Versammlung
der Klempner**
am Mittwoch, dem 22. Januar
abends 8 1/2 Uhr.
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Agenda-Ordnung:
1. Unter Vorbehalt.
2. Bericht der Vorstandsetzung.
3. Verschiedenes.
4. Schlusswort des Vorsitzenden der Mit-
glieder ist erforderlich.
Die Schriftleitung.

Höchstwichtige Mitteilung für alle Leser des „Lübecker Volksboten“.

Unseren Lesern teilen wir hierdurch
ergebnis mit, daß wir von jetzt ab
eine reich illustrierte Wochenchrift
unter dem Titel „Welt und Wissen“
herausgeben und hierdurch ein Blatt
geschaffen haben, welches sowohl
den ersten Gelehrten wie auch den
Mann aus dem Volke voll befrie-
digen wird. Die Ausstattung ist
eine erstklassige. Zahlreiche ge-
wichtige Abbildungen werden das
geschriebene Wort ergänzen. Die
Namen der Mitarbeiter — nur
allererste Rangliste — sind jedem
gebildeten Deutschen bekannt.

Um nun zu ermöglichen, daß alle
unsere Abonnenten darauf abo-
nieren können, haben wir die kleine
Einfachdrucker, die wir notwendig
haben müssen, äußerst niedrig ge-
stellt, und zwar auf nur 15 Pfg. für
ein 24 Seiten hartes Heft.

Jedes Heft enthält 16-20 Artikel,
von denen wir als Beispiel einige
aufzählen:

Der Mensch in der Pfahlbauzeit.
— Wenn die Erde erbebt.
— Gipsstein und Schiefer.
— Der
Wald und seine Gemarkung.

Das Leben unter Wasser. — Fern-
photographie. — Liebe und Ehe
bei den Naturvölkern. — Der
Mensch und die Geisterwelt. —
Flüssige Luft. — Einfluß der Lebens-
weise auf das Menschenalter. —
Verwundene Städte in der Sa-
hara. — Die Zukunft der Elektri-
zität im Haushalt. — Mein Aquarium.
— Unser Sonnensystem. — Das
heutige Erbrecht usw. usw.

Um unser Ziel zu erreichen, daß
„Welt und Wissen“ von jedem Ge-
bildeten abonniert wird, liefern wir
an Abonnenten von „Welt und
Wissen“ eine große illustrierte
Hand- und Hausbibliothek vollständig gratis,
und zwar sind folgende Werke in Aussicht genommen, von denen zu jedem
Jahrgang resp. 52 Heftlieferungen 3 kompl. Werke geliefert werden:

Illustrierte Geschichte des Deutschen
Volkes.
Illustrierte Weltgeschichte.
Die Entstehung der Erde.
Illustrierte Himmelskunde.
Illustrierte Kulturgeschichte des
Deutschen Volkes.
Denkwürdige Entdeckungstreffen.
Denkwürdige Erfindungen.
Illustrierte Tierkunde.
Illustrierte Pflanzenkunde.
Illustriertes Buch der Technik.
Entdeckungstreffen nach dem Nord-
und Südpol.

Entdeckungstreffen im schwarzen
Erdbell.
Illustriertes Buch der Chemie.
Der Vulkanismus.
Die Luftschiffahrt und der Aero-
plan.
Der Bau des menschlichen Körpers.
Die Völker Asiens.
Die Völker Afrikas.
Die Völker Amerikas.
Illustrierte Geschichte des Alter-
tums.

Unterzeichnet abonniert hier-
durch auf
„Welt und Wissen“.
52 Hefte à 15 Pfg.

Name: _____
Ort: _____
Straße: _____

Das Leben unter Wasser. — Fern-
photographie. — Liebe und Ehe
bei den Naturvölkern. — Der
Mensch und die Geisterwelt. —
Flüssige Luft. — Einfluß der Lebens-
weise auf das Menschenalter. —
Verwundene Städte in der Sa-
hara. — Die Zukunft der Elektri-
zität im Haushalt. — Mein Aquarium.
— Unser Sonnensystem. — Das
heutige Erbrecht usw. usw.

Um unser Ziel zu erreichen, daß
„Welt und Wissen“ von jedem Ge-
bildeten abonniert wird, liefern wir
an Abonnenten von „Welt und
Wissen“ eine große illustrierte
Hand- und Hausbibliothek vollständig gratis,
und zwar sind folgende Werke in Aussicht genommen, von denen zu jedem
Jahrgang resp. 52 Heftlieferungen 3 kompl. Werke geliefert werden:

Illustrierte Geschichte des Deutschen
Volkes.
Illustrierte Weltgeschichte.
Die Entstehung der Erde.
Illustrierte Himmelskunde.
Illustrierte Kulturgeschichte des
Deutschen Volkes.
Denkwürdige Entdeckungstreffen.
Denkwürdige Erfindungen.
Illustrierte Tierkunde.
Illustrierte Pflanzenkunde.
Illustriertes Buch der Technik.
Entdeckungstreffen nach dem Nord-
und Südpol.

Entdeckungstreffen im schwarzen
Erdbell.
Illustriertes Buch der Chemie.
Der Vulkanismus.
Die Luftschiffahrt und der Aero-
plan.
Der Bau des menschlichen Körpers.
Die Völker Asiens.
Die Völker Afrikas.
Die Völker Amerikas.
Illustrierte Geschichte des Alter-
tums.

Neue Subskriptions = Eröffnung

Unsere Abonnenten erhalten ein welt-berühmtes Buch für nur 25 Pfennig

Carl Hagenbeck Von Tieren und Menschen

pro Woche in Ele-
tionen erscheinend und
aber die hochinter-
essanten Erlebnisse und
Erläuterungen:
Wir bieten hierdurch
unsern Lesern den Vorteil,
dieses wertvolle Werk mit
134 zum Teil farbigen
Bildern, das den Stolz
jeder Bibliothek, einen
Hausjahrgang für die ganze
Familie bildet, das für
Alt und Jung interessant
und lehrreich ist, ohne
Verteuerung in
Raten v. wöchentlich
25 Pf. zu beziehen.
Hier liegt ein Buch vor,
wie kein zweites bisher ge-
schrieben wurde, noch je-
mals geschrieben werden
kann, ein Buch, das jeder
sich anschaffen sollte.



„Ein Volksbuch
im besten Sinne“
ist Carl Hagenbecks Werk
mit Recht genannt worden.
Es hat den ungeheuren Er-
folg, den es erzielte, auch
verdient. Ein Mensch er-
zählt darin seine Erlebnisse
u. Erfahrungen, der auf der
ganzen Erde heimisch ist,
dessen Interesse sich auf alle
Arten von Tieren und
Menschen richtet, der Welt-
reisender, Tiergärtner und
Kaufmann in einer Person
ist. Und er berichtet, seine
Erlebnisse so interessant u.
spannend zu schildern, wie
der beste Roman es kaum
vermag.

80000 Exemplare bereits verkauft

die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten Jahren erschienen ist.

Carl Hagenbecks Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr als eine Reihe enorm fesselnder und unübertrefflich anschaulich geschilderter Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Weltmann be-
gründet hat, und erzählt eine fülle beherzigenswerter Lebenserfahrung.
Auch für die reife Jugend bedeutet Hagenbecks Werk ein Buch, wie es
sich besser nicht denken läßt.
Der von ersten bis zur letzten Seite hält was der Jugart der oft mit zu
hohen getriebenem immer vorgetragenen Schönerungen gelang. Dabei ist Carl
Hagenbecks Werk keine bloße Unterhaltungsliteratur, es ist ein Bildungs-
element ersten Ranges. Ein neuer „Brehm“ liegt hier vor uns, seiner
leichten Form entfaltet und um die Offenbarungen eines weltumfassenden
Schauspielers bereichert.

Das Werk ist auch in einem Bande zum Preise von **M. 6.—** zu beziehen von der Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co., Lübeck.**

Bestellformular

Ia. dicke, frische Flomen, Pfund 80.-
Ia. ger. fester Speck 100.-
b. Abn. v. 4 Pfd. v. Pfd.
Heine Rauchstücke 100.-
frisches Kopf und Bein
Ia. bestes weißes Schmalz 85.-
bei Abnahme v. 4 Pfd. vor Pfd.
Karl bahrz, M. Labrtz, Böttcherstraße 14/16.

Arbeiter = Bildungsverein Lübeck.
Mittwoch, den 22. Januar 1913
im großen Saale des Gewerkschaftshauses:

Bunter Abend.

Mitwirkende:
Frl. Pfliegl, Frl. Jansen, Herr Brunow und Herr Barth;
am Flügel: **Herr Kapellmeister Weigert.**
(Mitglieder des Lübecker Stadttheaters.)
Saalöffnung 8 Uhr. Anfang 8 1/4 Uhr.
Preis der Karte 25 Pfennig. Der Vorstand.
Ranchen nicht gestattet.
Karten sind an den bekannten Stellen zu haben. (354)



Vereinigte Butterhändler
von Lübeck und Umgeg.
Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. 1.50 Mk. (516)

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei des Lvb. Volksboten.
Johannisstraße 46.

KalnbergsVariete.
Beginn 8 Uhr. Entree 20 Pfg.
Großer Lacherfolg
dieser humorist. Künstler-
Serie, mit der Burleske
„Katzenjammer“.

Deutscher Transportarbeiterverband
Zahlstelle Lübeck.

Gemeinschaftliche Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, d. 21. Januar
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 4. Quartal 1912.
3. Geschäftsbericht pro 1912.
4. Wahlen.
5. Kartellbericht.
6. Verschiedenes.

Der Vorstand.
NB. Da die Tagesordnung eine so äußerst wichtige, wird das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwartet.
D. O.

Verein der Musikfreunde.
Mittwoch, den 22. Januar 1913
abends 8 Uhr,
in der Stadthalle:
16. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)

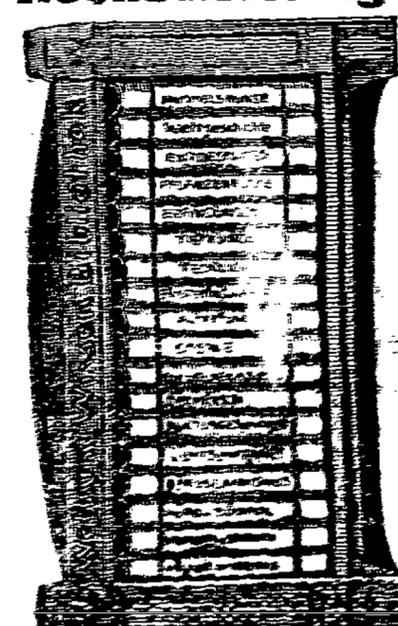
Leitung:
Kapellmeister **Wilhelm Furtwängler.**
Solist: Herr Konzertmeister **J. Szanto**
(Violine).
Zur Ausführung kommen u. a.:
Ouvverture zu „Benvenuto Cellini“
Berlioz.
Rhapsodie Nr. 1 F-Dur Liszt.
Siegfried-Idyll Wagner.
Morgenblätter, Walzer J. Strauß.
Programm im Lübecker Konzert-
Anzeiger. 503

Hansa-Theater.

Montag, 20. Januar
Anfang 8 1/2 Uhr.
Gästspiel der
Schlierseer.
Der Meinedsbauer.
Schauspiel.
Nach d. Vorstellung ab 11 Uhr
Kabarett.
Dienstag, den 21. Januar:
Almenrausch und
Edelweiß.
514)

Neues Stadttheater.

Dienstag, den 21. Januar 1913:
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.
106. B. i. B. o. 17. B. i. Dienstag-Pl.
Gastspiel von Gertrud Seewalt
vom Hamburger Operntheater.
Eva (das Fabrikmädel).
Operette von Franz Lehár.
Große Preise. 509
Mittwoch, den 22. Januar 1913.
Anfang 8 Uhr. Ende gegen 10 1/2 Uhr.
Außer Abonn. Kleine Preise.
Einmalige Aufführung.
Im weißen Rößl.
Luftsp. v. Bümenthal u. Radelburg.
Hierauf: **Lottchens Geburtstag.**
Luftspiel von L. Thoma.



Das Ende der französischen Herrschaft in Lübeck.

VII.

Auch der Senat ließ es an einem nochmaligen, flammenden Aufruf nicht fehlen (29. März 1813). Der Aufruf hatte auch den gewünschten Erfolg. Schon am 31. März konnten 120 ausgerüstete Freiwillige unter dem Kommando des Rittmeisters v. Doheneck-Lübeck von hier nach Hamburg abgehen.

Am 2. April fand dann auf offenem Markte im Beisein der Freiwilligen und der russischen Offiziere die Weihe der von Frauen der Plakmannschen Familie gestifteten, und von Fräulein Rodde gestifteten Fahne, welche ein rotes Kreuz mit der Umschrift „Gott mit uns“ trug, statt.

Schon am 1. April hatte der Senat eine Verordnung erlassen, wonach sich alle wehrhaften Männer von 18 bis 50 Jahren für den „inneren Dienst“ einschreiben lassen mußten. Zum Chef dieser neuformierten Land- und Bürgerwehr wurde von dem inzwischen zum General avancierten Baron v. Tettenborn der Amtmann zu Schwartzau, Graf v. Rankau, ernannt.

Als all dieses geschehen war, verließ Bentendorf mit seinen Kosaken Lübeck. Der russische Generalkonful v. Uderkas wurde mit der kaiserlichen Militärautorität über die Bürger- und Landwehr versehen. Vor seinem Abzug aus der Stadt erließ Bentendorf noch folgende Phrasenreiche, im übrigen aber nichts sagende Proklamation:

„Bürger von Lübeck! So wie ich mit gerührtem Herzen, teilnehmend an Euren lauten und gerechtem Jubel über Eure Freiheit, einzog in Eure Mauern: so verlasse ich Euch wieder, nachdem ich so viele Anstrengungen Eures Eifers für die gute Sache, Eurer Liebe zu meinem Monarchen, Eurer Zuneigung auch zu mir, erfahren, mit einem Euch wahrhaft zugewandten Herzen.

„Seid versichert, daß mir das Wohl Eurer Stadt, das Wohl Eurer Söhne, innigst anliegt, und daß ich, wo ich es je vermöge, alles für Euch tun werde. Ich scheide von Euch mit der gewissen Hoffnung, daß Ihr Euch immer als Bürger einer deutschen Stadt beweisen werdet, wert in Eurer väterlichen Verfassung zu leben, Gott fürchtend und vertrauend, einig und mit edlem Gemeingeiste alles erfüllend, was Euer Vaterland fordert. Seid tätig und treu, und Gott, der uns den Sieg gegeben, und dessen Sache die untrügliche ist, wird Euch schützen. Lebet wohl!“

Die Sprache dieser schwulstigen Proklamation stand in direktem Widerspruch mit der Sprache des Generals von Tettenborn in Hamburg. Denn, da es den Lübeckern mit dem besten Willen nicht möglich war — auch eine direkte Aufforderung des Senates an die Landleute des Fürstentums Lübeck hatte wenig Erfolg gehabt — die von den Russen verlangten 200 Pferde zu liefern, wurden sie von Tettenborn als „nachlässig“ und „schlaffrig“ gescholten. Ja, er verstieg sich sogar zu der wiederholten Drohung: den Senat seines Amtes zu entheben und in Fesseln nach Hamburg transportieren zu lassen.

Das war nun gerade nicht die Sprache eines „Befreiers“, sondern vielmehr die eines Siegers an die Besiegten.

Unzweifelhaft befand sich der Senat in einer sehr schlimmen Lage; auf der einen Seite die fortwährenden Anforderungen der Russen, auf der andern die auch damals schon in Lübeck vorhandenen widerstrebenden kapitalistischen Interessengruppen. Dazu kam das sich von der französischen Herrschaft befreiende Junftbürgertum, welches den Senat tagtäglich bedrängte, die Gewerbefreiheit aufzuheben und die alten Junftstrafen von neuem wieder aufzurichten: vor allem aber die Juden wieder nach Moisling zu verbannen.

Diese erzeaktionären Maßregeln wurden mit einem Schlage durchkreuzt, als am 30. Mai die Nachricht eintraf, daß auch Hamburg von den Russen wieder verlassen und von den Franzosen und Dänen aufs neue besetzt worden sei. Alle auf der Trave befindlichen Schiffe wurden schleunigst seklar gemacht und nach Travemünde gebracht, um sofort nach dem Einrücken der Franzosen in Lübeck die offene See zu gewinnen. Ebenso wurden die in Lübeck lagernden englischen Waren fortgeschafft oder verborgen. Wer sich mit den russischen „Befreier“ zu sehr kompromittiert hatte, suchte schleunigst das Weite. Ganze Familien packten ihre Habeiligkeiten ein und verließen die Stadt, und ließen den Senat in einer mehr als verzweifelt Lage zurück. Was blieb ihm unter den gegebenen Verhältnissen weiter übrig als die erst vor kurzem wieder übernommene Regierung niederzulegen und die Staatsgeschäfte in die Hände des früheren Munizipalrates zu legen. Dieser sandte aus seiner Mitte die Herren Dr. Sach, Plessing und Plakmann nach Hamburg, um beim Prinzen von Eckmühl den Abfall der Stadt zu rechtfertigen. Sie hatten aber keinen Erfolg und mußten sich auf Befehl des Prinzen sofort nach Lübeck zurückbegeben.

Hier waren inzwischen (3. Juni) 500 dänische Jäger unter dem Befehl des französischen Kapitän Laloy als Plakkommandanten eingerückt, denen einige Stunden später noch 1100 Mann mit acht Kanonen und zwei Haubitzen folgten. Während ein Teil der Truppen nach Travemünde weitermarschierte, wurde der andere Teil — abgesehen von wenigen, die Bürgerquartiere bezogen — in der Katharinenkirche, der Börse und dem Zeughaus einquartiert. Die Kanonen wurden bis auf drei, welche geladen auf dem Klingenberg, dem Kuhberg und in der Mühlenstraße aufgestellt waren, auf die Wälle gebracht. Der französische Kommandant requirierte dann sofort 10 000 Flaschen Wein, 6000 Flaschen Brantwein und 12 000 Pfund Brot für die dänischen Truppen.

Eine weitere Maßregel war die allgemeine Entwaffnung der Bürger. Da nur 92 Kriegsgewehre, 50 Jagdfinten, 21 Pistolen, 192 Säbel und Degen und 384 Riflen abgeliefert wurden, scheint es, als ob viele und zwar die besten und leistungsfähigsten Waffen nicht abgeliefert worden sind. Dieses geht auch aus den später mit Erfolg vorgenommenen Hausdurchsuchungen nach verborgenen Waffen und darauf erfolgten freiwilligen Nachlieferungen mit ziemlicher Deutlichkeit hervor.

Da die Dänen sich im allgemeinen friedfertig zeigten und garnicht als Sieger auftraten, hatten die im geheimen wühlenden Agitatoren es leicht, das Volk gegen die französisch-dänische Herrschaft aufzubekken.

Am 5. Juni kam es in der Breitenstraße in der Nähe des alten Schranzen zu einem Zusammenstoß.

Der französische Kommandant und einige dänische Offiziere wurden gröblich insultiert, mit Fäusten geschlagen und mit Steinen beworfen. Die in der Börse stationierten Dänen traten ins Gewehr und nahmen eine drohende Haltung ein.

Bestürzt wich die irregeleitete Menge zurück und verließ sich in die Nebenstraßen. Die auf dem Markte sitzenden Gemüsehändlerinnen und Fischfrauen, sowie die Schlachter und Hühnerverkäufer mußten unverzüglich den Platz räumen. Der in große Bestürzung versetzte Unterpräfekt sandte in seiner Angst vor einem wirklichen Aufruhr einen Eilboten mit einem Schreiben an den Präfekten in Hamburg mit dem dringenden Ersuchen, schleunigst französische Truppen nach Lübeck zu senden. Schon am 7. Juni rückten 1000 Mann in Lübeck ein. Diesen folgten am 13. Juni noch 4000 Mann mit einziger Artillerie nach.

Gleich nach wiederhergestellter Ruhe, am 5. Juni, hatte der Munizipalrat auf Befehl des Unterpräfekten in den Straßen unter Trommelschlag bekannt gemacht, daß von 12 Uhr mittags an jedermann sich solle zu Hause halten; daß von dieser Zeit an die Patrouillen angewiesen seien, auf jeden zu feuern, der sich auf den Straßen blicken lasse; daß nach 2 Uhr zwar alle, welche Geschäfte zu besorgen hätten, — jedoch mit Ausnahme der Frauen, Kinder, Dienstmädchen, Handwerksgehilfen und Lehrburschen — wiederum ausgehen dürften, daß aber auf jede Versammlung von mehr als drei Personen solle geseuert werden, auch daß alle Wirtshäuser und Schenken bis auf weiteres geschlossen bleiben. Infolge dieses Befehls setzten sich Schlag 12 Uhr Infanterie- und Dragonerpatrouillen in Bewegung und durchstreiften die Stadt nach allen Richtungen. In den Straßen herrschte Totenstille.

Hierbei hatte es aber keinesfalls sein Bewenden. In einer späteren Bekanntmachung des Maire wegen der rechtzeitigen Schließung der Wirtshäuser, Kaffeehäuser und Krüge am Abend wurde zugleich daran erinnert, daß in den Häusern, wo Tanzgesellschaften, Kunstvorstellungen, Schauspiele usw. gegeben würden, in Gemäßheit der bereits früherhin bestandenen Polizeiverordnungen eine Wache gegenwärtig sein müsse, um welche der Hauswirt bei dem Plakkommandanten nachzusehen habe.

Der Belagerungszustand wurde proklamiert und eine abermalige Aufforderung, die noch zurückbehaltenen Waffen abzuliefern, mit dem Hinweis erlassen, daß die diesem Befehle entgegenhandelnden Personen unweigerlich die Todesstrafe zu gewärtigen hätten.

Wahlrecht und Generalstreik in Ungarn.

In Ungarn stehen die politischen Kreise nach wie vor unter dem Eindruck der Wahlrechtsvorlage. In beiden bürgerlichen Lagern, sowohl bei den Liberalen wie bei der Regierungspartei sieht man mit größter Besorgnis der Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei entgegen, da die Generalstreik-Aufkündigung im ganzen Lande die größte Panik hervorgerufen hat. Trotzdem die ungarische Sozialdemokratie in ihren Wahlrechtskämpfen schon gezeigt hat, daß sie vor dem äußersten Mittel nicht zurückschreckt, wollen die Spießbürger an die Verwirklichung eines Landes-Generals nicht recht glauben.

Eine Lebensfrage.

Erzählung von Theodor Mügge.

(9. Fortsetzung.)

Wenn es ihr Vergnügen macht, o nein! sagte Johannes. Seine Augen hefteten sich auf das Gesicht seiner jungen Frau, und es schimmerte in ihnen mit dem Ausdruck entlagender Liebe zugleich ein eigentümliches sanftes und abmahnendes Bitten.

Wäre Emma mit ihm allein gewesen, so würde sie der Stimme gefolgt sein, die in diesem Augenblick zu ihr sprach und ihr deutlich sagte, was sie tun sollte. Es regte sich auch ein Gefühl in ihr, als müßte sie erklären, daß ihr an diesem Vergnügen wenig liege, und daß sie früher, nur weil ihr Vater und sein Arzt es so wollten, dazu gekommen sei; dem entgegen regte sich jedoch auch ihre Eitelkeit und etwas Schlimmeres noch als das: ein hartherziger Stolz, der zeigen wollte, welche Gewalt sie über ihren Mann besäße, und welcher sich mit einem dunklen Gefühl übermühtiger Geringschätzung verband, als sie ihn so demütig stehen sah.

Zu der Seele eines Menschen regen sich oft die widerstrebensten Empfindungen zugleich, und wunderbar ist der Kampf an der geheimnisvollen Stelle, die niemand noch erforscht hat. In der halben Minute, welche die junge Frau zu ihrer Antwort brauchte, wandelte sich vieles in ihr. Sie sah sich in dem prächtigen Reitkleide bewundert, angestaunt, beneidet, begleitet von Sternau, der auch seine Blicke bittend und fordernd auf sie richtete. Da sah er neben dem armen, unterwürfigen Doktor, jung, schön, mit großen, glänzenden Augen, die ihren Stolz anjagten, denn sie verstand, was jene ausdrückten, und verstand das spöttische Lächeln, das ihrem Manne galt. Sie verstand auch, was die Tante meinte, die mit einem kleinen Knut den Kopf in den Nacken zog und eine Falte auf ihrer Stirn bildete. Sie sollte beweisen, daß ihr Wille hier herrsche, daß dieser Mann ihr gehorche, daß er an ihrem Willen hänge, und sie wußte, daß ein solcher genüge, um ihn zu allem zu bewegen, was sie wollte. Früher hatte sie, wenn er ihre Wünsche erfüllte und gern tat, was er davon erlauschen konnte, liebevoll Dankbarkeit empfinden. Aus heißer Leidenschaft hatte sie nicht geheiratet, aber auch nicht, wie die Tante sagte, in ihrer Verlassenheit und aus Mitleid, auf Zureden, mit der Aussicht, einen wohlhabenden Mann zu bekommen. Johannes hatte trotz seiner Schüchternheit und Bescheidenheit oder vielmehr durch diese Eigenschaften ihr immer einen günstigen Eindruck gemacht, und die Milde seines ganzen Wesens vermehrte dieselbe ebenso sehr, wie die Achtung, welche ihm von

allen Seiten gezollt wurde. Als sie seine Frau war, ging es ihr wie den meisten Frauen, sie lernte ihn erst wirklich kennen und empfand für die Liebe und Güte, welche er ihr zeigte, Gegenliebe. Wäre die Tante nicht gewesen, diese Gegenliebe würde sich ein sicheres Haus gebaut haben; allein seit die junge Frau zu leiten und zu beherrschen begann, war alles anders geworden. Seine Nachgiebigkeit rief keine Zärtlichkeit mehr wach, kein warmes, dankbares Gefühl, nur einen Triumph und das stolze Bewußtsein ihrer Macht. Die Tante demütigte den Mann ihrer Wahl; bald widersprach sie ihr nicht mehr, dann verband sie sich mit ihr, und je weiter dies ging, je mehr er sich unterwarf, um so kälter wurde es in ihrem Herzen. Kalt war es auch jetzt darin, denn der Funke, den sein liebevoller, bittender Blick aus dem harten Stein geschlagen, erlösch schnell vor dem Gefühl der Scham, dem Kufin und der Tante gegenüber nachgeben zu sollen. Was würden sie gesagt haben? Ihre Gesichter drückten es zur Genüge aus. Und wem sollte sie nachgeben? Diesem schwachen Mann, über den schon so viel Spott ausgegossen war, dessen Gestalt, Wesen, Unbehilflichkeit und Zuchtbarkeit ihr so oft schon lächerlich gemacht waren?

Sie sagte daher, indem sie sein Lächeln mit einem freundlichen, süßeren Lächeln erwiderte: Vergnügen macht es mir allerdings, lieber Johannes, auch denke ich es mir höchst angenehm und dabei zuträglich für mich, wenn ich den Vorschlag annehme und Du nichts dagegen hast.

Oh wenn es das ist, jawohl, dann mußt Du es tun, sagte er.

Und wir können nächstens anfangen, bei diesem herrlichen Wetter, rief Sternau. Sie können ja mit uns reiten, bester Doktor.

Die Frau Majorin lachte laut auf, und Emma stimmte ein, denn die Zumutung hatte etwas boshaft Lächerliches und war darauf berechnet.

Der Doktor sah nicht aus wie ein Kanaker, und er bestärkte dies selbst in seiner Harmlosigkeit. Ich bin in meinem Leben nicht geritten, sagte er, als einmal in Italien auf einem Esel, der mich beinahe abgeworfen hätte. Seit dieser Zeit habe ich mich davor gehütet.

Es gibt auch nichts Komischeres als so ein Ritter von der traurigen Gestalt, lachte die Tante. Bleibe jeder bei dem, was Gott für ihn bestimmt hat. Nachmittags wollen wir zum Schneider schiden und Dein Reitkleid bestellen, Emma, Du wirst ganz allerliebste aussehen.

So setzten sie sich zu Tische, und die Unterhaltung ging in derselben Weise fort. Sternau erzählte lustige Geschichten von reitenden Damen und von schlechten Reitern, welche in allerlei Fährlichkeiten gerieten. Er zog den Doktor mit ins

Gespräch und scherzte mit ihm über seinen unglücklichen Gelirt. Die Absicht war unverkennbar, ihn dabei ins Lächerliche zu ziehen, und die Frau Majorin unterstützte ihn redlich, während Emma wenigstens mitleidete. Sie tat damit eigentlich nur das, was ihr Mann selbst tat, der sein Abenteuer an den Wasserfällen von Terni mit gutem Humor erzählte, aber sie empfand einen dumpfen Unmut dabei, der erst nach einiger Zeit immer mehr von dem Gefühl, die Spätterien zu vermehren, übermächtig wurde.

Wir werden uns jetzt in Bereitschaft setzen, unsere Besuche zu machen, sagte die Tante endlich. Sie, mein Lieber, machen inzwischen Ihren Spaziergang, wie Sie sich vorgenommen haben.

Du willst uns also nicht begleiten, Johannes? fragte Emma.

Wenn Du es wünschst, erwiderte er, so begleite ich Dich gerne.

Das ist ja nicht möglich, mein Lieber, rief die gnädige Tante in strengem Tone, Sie müssen heut noch Ihre Geschäfte abmachen.

Was in dem Herzen der jungen Frau vorging, war die Folge seiner lebhaften, freudigen Antwort, die einen so schuldigen Klang hatte, daß wiederum dadurch ein Funke an ihr Herz schlug, der in ihren Augen widersprang. Es war ihr so, als geschähe ihr nichts Lieber, als wenn er sich jetzt der Tante widersetze, und in ihren Mienen lag etwas Aufmunterndes und Einladendes zu einem solchen Attentat. In der nächsten Minute war alles vorbei, denn der gute Doktor sagte mit doppelter Freudigkeit: Sie haben ganz recht, beste Tante. Nein, es geht nicht an, ich muß meine Geschäfte heut noch abmachen.

Emma wandte sich von ihm ab, und so wandte sich auch etwas in ihr, und als sie ihren Cousin anblickte, sah sie, daß er wußte, was sie dachte, und sie verstand, was der Hohn um seinen Mund ausdrückte, was seine dunklen, süßlichen Augen ihr erwiderten. Es war ein stummes Einverständnis, denn indem sie ihrem Gatten Lebewohl sagte und ihm ihre Lippen bot, fühlte sie, daß es ein Judasfuß sei, und daß sie im Begriffe war, ihn zu verraten. Sie wußte nicht, daß die Freizügigkeit, mit welcher der arme Doktor, wie immer so auch diesmal, der Tante recht gab, daher stammte, weil ihr Ansehen in einer Weise, wie er es fast vergessen hatte, sein Herz unendlich beglückte. Er erinnerte sich, daß er Geld nötig habe für sie, um ihr eine glänzende Wohnung und glänzende Räte zu verschaffen, um alle die kostbaren Spielereien zu bezahlen, welche man vor ihm forderte, und er hätte alles, was er besaß, gern für diesen Sonnenblick hingeworfen; seine Brust öffnete sich weit, aller Nebel darin verschwand vor

Desio mehr rechnet die Regierung mit dem Generalstreik und versucht insgeheim und öffentlich die Partei mit „Zuckerbrot und Peitsche“ von ihrem Entschlusse abzubringen. Während ein der Regierungspartei sehr nahestehendes Organ die Meldung bringt, der Minister des Innern sei entschlossen, im Falle des Generalstreiks die erst jüngst sanktionierten Ausnahmegeetze anzuwenden, wendet sich das Leitorgan dieses Ministers an die „Besonnenen“ Männer der Partei, und versichert ihnen, daß die Wahlrechtsvorlage während der Verhandlung bedeutend abgeändert werde, da schon die bisherigen Erfahrungen dies erforderten. Am ernstesten wird der Entschluß der Sozialdemokratie in den Kreisen des städtischen Bürgertums gewürdigt; dort herrscht bleicher Schrecken. Die energischen Vorbereitungen zum Generalstreik, die allgemeine Begeisterung der Arbeiter im ganzen Lande, lassen an dem Ernst der Situation nicht zweifeln; ein allgemeiner Streik trifft aber in erster Linie das städtische Bürgertum. Die Furcht des ungarischen Bürgertums vor dieser letzten Waffe, zu welcher auch die ungarische Arbeiterschaft nicht mit leichtem Herzen greift, ist nur zu gerechtfertigt. Wer in den Massenversammlungen die Arbeiterschaft aufmarschieren sah, wer in den Seelen dieser Arbeiter zu lesen verstand, der muß sich sagen, daß es sich da um einen Kampf handelt, der nur mit der endgültigen Niederrichtung des Gegners enden kann.

Die Ereignisse des vergangenen Jahres zeigten zur Genüge, daß, soweit die innere Verfassung in Frage kommt, Ungarn im europäischen Staatsgebilde noch eine Sonderstellung einnimmt. Wohl hat das Land seine gesetzgebenden Faktoren, jedoch werden die Gesetze eingehalten oder umgangen, je nachdem dies die rohe Gewalt für oder gegen sie befindet. Im ungarischen Reichstage tritt der Präsident die Gesetze mit Füßen und wird von den Gesetzgebern bejubelt. Im Zorn über diesen Zustand feuert ein politischer Gegner seine Wordwaffe auf den höchsten Funktionär des Reichstages, und er wird in öffentlicher Gerichtsverhandlung freigesprochen. Die Zeitungen der Arbeiter belegen Minister und Reichstagspräsidenten mit den Titeln „Diebe“, „Banditen“ und dergleichen, fordern die Massen auf, sich um keine Gesetze zu kümmern, und Regierung und Staatsanwalt stehen bei den Gerichtsverhandlungen den kürzeren. Dies sind Symptome, die zeigen, daß ein Generalstreik hart bis an die äußerste Grenze der Gesetzmäßigkeit, vielleicht aber auch weit darüber hinausführen kann.

Und dies ist auch der Grund, weshalb die Sozialdemokratie Ungarns, wenn sie die letzte Waffe im Kampf für das allgemeine Wahlrecht zur Hand nimmt, wenn sie die Massen in den Generalstreik treten läßt, mit einem Siege rechnet. Und irrt sie sich in ihrer Berechnung, endet der Generalstreik mit der Niederwerfung der Arbeitermassen, auch dann haben die Arbeiter nichts verloren, da die Entretung, die Ausbeutung und Unterdrückung des ungarischen Proletariats auch durch einen Mißerfolg nicht mehr gesteigert werden.

Dies wissen die Männer, die die Massen zum Generalstreik führen, dies weiß das Proletariat, deshalb die Begeisterung, die Energie, die Liebe zum Kampfe.

In ihren Kämpfen kann die Arbeiterschaft Ungarns durch Drohungen und Gewaltmaßregeln niemals aufgeschaukelt werden. Nur einen Weg gibt es, der zum Frieden führt: der Weg über das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht!

Aus der Partei.

„Eine kapitalistische Blüte“. Unter dieser Rubrik hatte unter Vorwande der Partei eine Notiz der Berliner „Welt am Montag“ entnommen, in der gesagt wurde, daß auch den Arbeitern der Kohlengrube „Minister Stein“ der Lohn für sechs Schichten als Kontraktstrafe einbehalten wurde, und daß gleich nach dem Streik den Beamten, Steigern usw., dieser Zehne für ihr Wohlverhalten während des Streiks eine Prämie bis zu 70 Mark gezahlt worden sei. Trotzdem die Notiz durchaus der Wahrheit entspricht und die Gerichte festgestellt hatten, daß Prämien gezahlt wurden, fühlte sich der Direktor der Grube „Minister Stein“ beleidigt, und er hatte

dieser Prämie. Emma fühlte nichts davon; als er sich entfernte, tat es ihr wohl, und als Sternar ihre Hand nahm, und sie leise an ihre Lippen sog, zog sie ihre Finger nicht zurück.

Ihre Hände trafen zusammen; plötzlich lautete die junge Frau hoch auf, wendete sich um und verließ das Zimmer.

Der Doktor Gerber durchwanderte inzwischen die heißen Straßen und hatte einen langen Spaziergang zu machen, ehe er die entfernte Gegend erreichte, in welcher der Stadtrat seine Wohnung eingerichtet hatte. Eine bedeutende Zahl Arbeiter und Arbeiterinnen der menschlichen Geschlechter gewidmeten Stunden lagen hier am Wege und redeten ihre hohen qualvollen Schmerzen in den heißen Frühlingshimmel. Zwischen diesen großen Respektlosen öffneten sich Gassen wie mit kleinen, niedrigen Häusern besetzt, und dieser ganzen Bevölkerung, die sich hier mit rauhen harten Gesichtern, in Blauen und Weißlichen, diesen Frauen mit Schönen und Kopfbedeckungen und diesen Scharen schreiender, schmerzender Kinder, die sich im Staube wälzten, sah man es an, daß sie hierher gehörten. — Es sah heute der Doktor so aus, wie er hier zuhause, mancherlei bewundert und bewundernd Gedanken daran schickte. Er bewunderte vor allem den menschlichen Geist und den menschlichen Fleiß, die Kraft, die Energie in diesen Schichten der Arbeit und die wunderbare Fähigkeit und Begabung der Menschen im Laufe der Jahre zu entwickeln. Das Elend hat nichts hinterlassen, als die Rote des Tempels und Kalkmalereien und was zum Schande darüber steht, das Mittelalter über den Menschen, die Arbeiter und Arbeiterinnen, die wir dagegen überhöhten unter Redensarten zahllose bewundernde Obelisken und Kolonnen, und wenn nach dreißig Jahren einmal eine versteinerte Statue errichtet wurde, welche Erinnerung daran das Leben angelegte Menschen waren? Mit solchen Gedanken im Kopf sah Johannes Gerber häufig das Gebäude hier in der Ferne an, und mit einer gewissen Zerknirschung fühlte er sich die vielen tausend Menschen, die ihr ganzes Leben hier für die Verherrlichung ihres Zeitalters zu opfern. Die zwölf Kolonnen der alten Ägypter hatten ihres Volkes Kräfte Jahrtausende lang dazu verwendet, jetzt ungeheure Steinblöcke aufzutreiben, welche jetzt in Ägypten und Indien verstreut liegen, dies Volk dagegen, das nicht mehr in der Lage ist, seinen eigenen Tempel zu bauen, legt Millionen Arme, um zu bauen

die Genugtuung, daß das Berliner Gericht gegen die „Welt am Montag“ auf 30 Mark und die Dortmunder Strafkammer gegen den Gen. Henkler von der „Dortmunder Arbeiter-Zeitung“ auf 100 Mark Geldstrafe erkannte. Der Staatsanwalt hatte gegen ihn 200 Mark beantragt. Die Beleidigung wurde lediglich in der Ueberschrift gefunden.

Schonnotpeinliches Halsgericht. Im November vorigen Jahres haben sich unsere Genossen in Lauban zum erstenmal an der Stadtverordnetenwahl beteiligt. Dort besteht auch eine königliche Eisenbahnwerkstätte, deren Arbeiter aufs schärfste überwacht werden; sie sollen sich in keiner Weise in sozialdemokratischem Sinne betätigen. Nun wird von einem Arbeiter dieser Werkstätte behauptet, er habe bei der Stadtverordnetenwahl die sozialdemokratische Liste gewählt, was angeblich auch die amtliche Liste ausweist. Dieser Arbeiter hat aber auch einen Namenszettel mit dem gleichen Vornamen. Gegen beide wird nun eine scharfe Untersuchung geführt. Das Wunderbare dabei aber ist, daß beide Arbeiter erklären, überhaupt nicht an der Wahl teilgenommen zu haben. Diese Behauptung wird durch die von unseren Genossen geführte Kontrollliste bestätigt. Den sozialdemokratischen Listenführer hat man deshalb auch schon vernommen. — Wie kommt aber die Betriebsliste der königlichen Werkstätte zu den Angaben, die der amtlichen Liste für Stadtverordnetenwahl entstammen?

Endlich bestätigt. In Altenplos (Obersr.) wurde viermal hintereinander ein Sozialdemokrat als Abgeordneter gewählt. Während nun das Bezirksamt Bayreuth dreimal die Bestätigung des gewählten Parteigenossen versagte, hat es nun endlich die Wahl bestätigt. Die bürgerlichen Blätter halten die Bestätigung für um so auffälliger, als der Minister des Innern, Freiherr von Soden vor kurzem erklärt hat, daß kein Sozialdemokrat in Bayern als Gemeindevorstand werde bestätigt werden.

Das Martyrium der russischen Gewerkschaften.

Seitdem die russische Regierung unter dem Druck der revolutionären Bewegung das temporäre Vereinsgesetz vom 17. März 1906 erlassen mußte, das den Arbeitern ein zwar ungenügend beschränktes und verunstaltetes, aber immerhin ein gesetzlich verbürgtes Koalitionsrecht gewährte, führen die örtlichen und die zentralen Behörden einen ununterbrochenen Kampf gegen die auf Grund dieses Gesetzes gegründeten Vereine und Verbände der Arbeiter. Im Verlauf von 5 Jahren seit Erlaß des Vereinsgesetzes (März 1906 bis März 1911) sind nach sorgfältig nachgeprüften Angaben 497 Arbeiterverbände von den Behörden geschlossen worden, während 604 Verbänden aus den verschiedenartigsten Gründen die behördliche Genehmigung verweigert wurde. Schon in der Interpellation, die von der sozialdemokratischen Fraktion im April 1908 in der Duma eingebracht wurde, konnten 144 Fälle ungesetzlicher Repressalien gegen die Arbeiterverbände nachgewiesen werden. Seitdem hat sich diese Zahl ins Ungeheure gesteigert. Die offensichtlichen Gesetzesverletzungen der Behörden und die Verfolgung der Arbeiterverbände hat so ungeheuerliche Formen angenommen, daß selbst die regierungstreue dritte Duma sich im Jahre 1910 gezwungen gesehen hat, dagegen zu protestieren, allerdings nur mit dem Erfolg, daß die Gewerkschaften noch ärgeren Verfolgungen ausgesetzt wurden. Aus welchen Gründen die Gewerkschaften geschlossen oder in ihrer Tätigkeit lahm gelegt werden, zeigen einige Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit. In Riga wurde anlässlich des jüngsten großen Buchdruckerstreiks in den Ostseeprovinzen der Druckereiarbeiterverband von Gouverneur zeitweilig geschlossen. Nach Beendigung des Streiks hob die örtliche Vereinsbehörde den Verband endgültig auf, weil er keine Kapitalien in der Berliner Filiale einer russischen Bank aufbewahrt, und eine Enquete über die Lage der Buchdrucker veranstaltet hatte. In Rostow (Gouvernement Wladimir) wurde der Textilarbeiterverband geschlossen und der Vorsitzende Sotin zur lebenslänglichen Deportation verurteilt — weil in der Verbandsbibliothek einige aus dem Verkehr gezogene Bücher gefunden wurden. In Tula wurde der gesamte Vorstand des Metallarbeiterverbandes (10 Personen) zu 3 resp. 1 Monat Haft verurteilt, und die Verbandstätigkeit völlig lahm gelegt, weil bei einer Hausdurchsuchung in den Verbandsräumen an diesem Tage aus Versehen eingetragene sozialdemokratische Zeitungen (von deren Konfiskation dem Vorstand nichts bekannt war) gefunden wurden. Man könnte solche und ähnliche Fälle aus dem Martyrium der russischen Gewerkschaftsbewegung ins Endlose steigern, sie alle verblissen aber gegenüber dem neuesten Schlag, den die Petersburger Vereinsbehörde, offenbar im Einverständnis mit der Regierung, gegen das kühnmerliche Vereinsrecht der Arbeiter geführt hat.

und zu wehen, und bringt mit Leichtigkeit ungeheure Arbeiten zustande; eiserne Straßen, die ganze Weltweite zusammenrücken. Eine schöne menschliche Empfindung füllte bei solchen Betrachtungen das Herz des gelehrten Doktors. Er glaubte daran, daß es besser geworden sei in der Welt mit jedem Jahrhundert, daß der Menschenwert zugenommen habe, daß diese schöpferische Tätigkeit zu immer weiteren Kulturentwicklungen führen müsse, zum allmählichen Verschwinden der Barbarei und der Unterdrückung, und da er an Ideale glaubte, mischten sich mit seinen Träumereien seine Anschauungen aus dem Altertum und sein lebhaftes Gefühl für eine schöne gleichmäßige Entwicklung, für ein gleichberechtigtes Volksleben, für eine Erhebung aller Menschen zum Genuß alles Guten und Schönen und zur sittlichen Vollendung. In der Abhandlung, welcher er jedoch für den Minister geschrieben hatte, ließ er seinen Gedanken darüber freien Lauf. Mit aller Energie hatte er bewiesen, daß, so lange die Kunst nicht Eigentum des Volkes sei, und der Staat nicht darauf hinwirke, lebendige Teilnahme dafür im Volke zu erwecken, eine Blüte der Menschheit nicht erreicht werden könne, und er hatte vielerlei Mittel vorge schlagen, wie darauf hinzuwirken sei, um dies möglich zu machen. Heute, als er durch diese Arbeiterstadt ging, fühlte er aber eine Niedergeschlagenheit, die er kaum nicht empfunden. Früher hatte er mit warmem Herzen diese armen, arbeitenden Menschen, diese Frauen mit schweligen Händen und diese Kinder in Lumpen betrachtet. Es war ihm, als könnte ein Zauberwort gesprochen werden, das den hochherzigen Gedanken des Heilands zur Wahrheit machte, daß alle Menschen Brüder seien; jetzt hatte er vom Apfel der Erkenntnis gegessen, und er fühlte etwas Innerliches in sich verwandelt. Die Tante hatte ihm gesagt, hier unter diesen Menschen könne sie nicht leben, Emma hatte ihm dasselbe gesagt, und er hatte jetzt erst Lebensstöße kennen gelernt, an denen er erfahren konnte, was die Unterschiede der Gesellschaft bedekten. Und sonderbar war es, er fühlte selbst etwas davon. Er sah die schmerzigen Kinder und die toten Gesichter mit widerstrebenden Gefühlen an und er gab der Tante und Emma heimlich Recht, indem er vor sich hin sprach, und ein leises Grausen bei dem Gedanken durch seine Glieder schlich, zu denen da zu gehören.

So gelangte er endlich zu der Bestimmung des alten Herrn, welche abwärts von der Straße auf freier, ziemlich hoher Stelle lag und aus einem mächtig großen Garten bestand, in dessen Mitte das Wohnhaus lag. Der Garten war mit Heden umgeben, und das rote Ziegeldach des Hauses ragte über

Aus Anlaß des Genehmigungs-gesuches zur Wiedereröffnung des im vorigen Jahre geschlossenen Petersburger Metallarbeiterverbandes, hat die Petersburger Vereinsbehörde am 19. Oktober 1912 einen Beschluß gefaßt, der geeignet ist, die vorhandenen Ansätze der Gewerkschaftsbewegung mit Stumpf und Stiel auszurotten. Im vollsten Widerspruch mit dem Wortlaut des Vereinsgesetzes und der bisher gültigen Praxis, schreibt die Behörde den Gewerkschaften Bedingungen vor, die ihnen jede Tätigkeit unmöglich machen. Das Organ der Petersburger Metallarbeiter „Metallist“ faßt auf Grund des Wortlautes des behördlichen Beschlusses zusammen, was den Gewerkschaften von nun ab untersagt ist. (Der Beschluß bezieht sich nämlich nicht nur auf den Metallarbeiterverband, sondern auf alle Gewerkschaften, die in der letzten Zeit um Genehmigung nachsuchen.) Es ist den Gewerkschaften verboten:

1. die geistige und sittliche Entwicklung ihrer Mitglieder zu fördern;
2. Herbergen für Arbeitslose und Ankommende einzurichten;
3. Lehäuser, Volksschulen und ähnliche Anstalten zu eröffnen, die die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder fördern;
4. Abendergänzungen, Exkursionen und Diskussionsabende zu veranstalten;
5. Bibliotheken und Lesesäle zu eröffnen;
6. juristische Sprechstunden für ihre Mitglieder einzurichten;
7. Auskunftsburauen für Arbeitslose zu eröffnen;
8. Branchensektionen und Vertrauensleute auf den Fabriken einzuführen;
9. Arbeitslose unter ihren Mitgliedern zu zählen und ihnen Unterstützungen zu gewähren;
10. Mitgliedsbeiträge für weniger als ein ganzes Jahr auf einmal zu erheben;
11. das Vermögen der Gewerkschaften im Falle ihrer politischen Schließung einer ähnlichen Organisation zu übergeben, usw.

Es ist klar, daß die hier genannten Forderungen und namentlich die letzten drei jede gewerkschaftliche Tätigkeit unterbinden, und die mühselig gesammelten Fonds der Vernichtung preisgeben. Ebenso einleuchtend ist es, daß diese an Raffinement kaum zu übertreffenden Forderungen gegenwärtig nur aus dem Grunde erhoben werden, weil die Arbeiter trotz aller bitteren Erfahrungen und Hindernisse, in der letzten Zeit mit besonderer Energie an die Gründung und an den Ausbau ihrer gewerkschaftlichen Organisationen schreiten. Die sozialdemokratische Dumafraktion hat bereits die Aktion gegen das infame Ukretat der Regierung eingeleitet, indem sie gleich nach der Eröffnung der Duma eine Interpellation einbrachte, und durch ihre Redner die schmachliche Bergewaltigung der Arbeiter brandmarkt. Die Dumamehrheit hat mit 123 Stimmen gegen 87 die Dringlichkeit dieser Interpellation abgelehnt und sie in der Kommission begraben. Glauben aber die Herrschenden, daß sie dadurch ihr erprobtem Brauch die Frage verschleppen könnten, so irren sie gewaltig. Die Situation ist jetzt eine andere, wie vor 2 oder 3 Jahren. Konnten die herrschenden Parteien noch in der dritten Duma hohnlachend über die Forderungen der Arbeiter hinwegschreiten, so werden sie jetzt, wo die Arbeiterbewegung in allen Enden des Reiches wieder in Fluß geraten ist, innerhalb wie außerhalb der Duma immerfort daran erinnert werden, daß die Arbeiterklasse sich durch keinerlei Hemmnis und Angriffe aus den einmal eroberten Positionen vertreiben läßt, und daß sie nun noch mit verdoppelter Energie für die Erringung des unbeschränkten Koalitionsrechtes eintreten wird.

Gewerkschaftsbewegung.

Verbandsrat der Bauarbeiter. über die Jugendorganisation im Bauarbeiterverband referierte Löffler, der der Gründung von Jugendabteilungen das Wort redete. Mitglied dieser Abteilung kann jeder Lehrling und Bauarbeiter unter 17 Jahren werden. Der Beitrag beträgt 10—20 Pf. pro Woche, je nach dem Verdienst und zwar für 44 Wochen im Jahre. Dafür werden Kranken-, Reise- und Arbeitslosenunterstützung (im Falle Arbeitslosigkeit durch einen Lohnkampf) gewährt. Die Vorschläge wurden angenommen. Sodann begründete Paeplo eine Vorlage auf Einführung einer Versicherung der agitatorisch tätigen Mitglieder. Diese Versicherung soll alle nicht angestellten Mitglieder und die Angestellten umfassen. Unterstützung aus dieser Kasse soll gewährt werden: a) an Mitglieder, die im Dienste der Organisation einen ihre Gesundheit schädigenden Unfall erlitten haben, auf die Dauer der Erwerbsunfähigkeit; b) an Mitglieder, die infolge der unter a bezeichneten Umstände

den Obstbäumen hervor, die mit roten und weißen Blüten bedeckt den lieblichsten Frühlingschmuck trugen. Als er die Pforte öffnete, fiel eine laut schallende Klingel, und kaum war dies geschehen, als oben auf der Pfortenreihe auch der Onkel in seinem braunen Klappenrock sichtbar wurde. Er hatte ein schwarzes Käppchen auf sein weißes Haar gesetzt, hatte ein Pfeifchen im Munde, auf dem eine lange Zigarre steckte, und als er seinen Neffen erkannte und mit dem lauten Rufe: Sieh da, Johannes, Willkommen! Willkommen! entgegen kam, liefen ein bellender Hund und ein großer Kater mit hoch aufgehobenem Schweif ihm voran, welche beide ihren alten lange nicht gesehenen Freund begrüßen wollten.

Der Onkel schüttelte ihm die Hände, der Hund sprang lieblos an ihm auf, der Kater wand sich schnurrend um sein Fuß. Siehst Du wohl, mein Kind, rich der alte greise Mann, wie sich meine ganze Hausgenossenschaft freut, daß wir Dich wieder hier haben. Und es ist ein Tag so recht gemacht, um warm bis ins Herz hinein zu werden. Schau her, Johannes, was aus dem Apfelbäumchen geworden ist, das ich an Deinem Hochzeitstage pflanzte. Von Blüten ist es bedeckt bis an alle Spitzen, nur der eine Zweig da taugt nichts, der muß herunter. Und jetzt setz Dich her zu mir und laß uns eines ordentlich zusammen rauchen und schwachen, bis der Kaffee kommt. Warte einen Augenblick, ich will ihn selbst bestellen, damit es etwas extra gutes wird.

Während der Onkel ihn allein ließ, kam ein ängstliches Gefühl über den armen Doktor und verdrängte den Hoffim, welchen der liebevolle Empfang des alten Mannes hervorgeufen hatte. Er sah an dem Tischchen unter der Vorhalle und blühte über den blückerelchen Garten: auf den jungen schönen Apfelbaum, der gerade vor der Laube stand, wo er zuerst seine Arme um Emma gelegt und in seliger Gewalt sie an sein Herz gezogen hatte. Wenn sie jetzt bei ihm gewesen wäre, er hätte es wie damals gemacht. Schlußföchtig blühte er nach allen Orten, wo sie oft ihn begleitet, wie sie ihn erwartet hatte, wenn er kam, und als die Pforte aufging, sprang er von seinem Sitze, denn er meinte, sie müsse herein treten, aber es war eine Frau in Begleitung eines Mannes, der ein Kind auf dem Arme trug. Er sah sie kommen und dachte dabei an sein eigen Kind, denn der Knabe ähnelte beinahe dem kleinen Gotthold, nur schaute er gesund und frisch um sich her und streckte jauchzend seine Arme nach den blühenden Bäumen und summenden Käfern aus.

(Fortsetzung folgt.)

hauend erwerbsunfähig oder erwerbsbeschränkt geworden sind; c) an Hinterbliebene solcher Mitglieder, deren im Dienste der Organisation erlittener Unfall den Tod zur Folge hatte; d) an Anstellte des Verbandes, die dem Versicherungsgesetz für Angestellte nicht unterliegen und auch zu der Unterstützungsbereitschaft in der Arbeiterbewegung tätigen Angestellten nicht zugelassen werden, wenn sie infolge Alters oder Invalidität dienstunfähig geworden sind; e) an Hinterbliebene der unter d) genannten Angestellten. Ein weiterer Zweck der Unterstützungskasse ist die Vor- und Nebenversicherung der versicherungspflichtigen Angestellten des Verbandes für die Zeit, wo ein Recht auf Rentenbezug aus der Anstellte- und Invalidenversicherung (auch „Unterstützungsvereinigung“) noch nicht besteht. Zur Durchführung dieses Zweckes übernimmt die Unterstützungskasse des Deutschen Bauarbeiterverbandes für alle Angestellten die volle Beitragszahlung zu der Anstellte- und Invalidenversicherung (auch zu der Unterstützungsbereitschaft). Die Angestellten zahlen dafür einen angemessenen Beitrag an die Unterstützungskasse. Den Vorschlägen wurde zugestimmt. Vorschläge auf eine Neuordnung der Gehälter der Angestellten wurden einer Kommission überwiesen. Die Vorstandswahlen wurden in der Sitzung am Sonnabend vorgenommen. Als erster Vorsitzender wurde Fritz Waplow gewählt, als Leiter der neu gebildeten literarisch-statistischen Abteilung der bisherige Redakteur des „Grundstein“, August Winig bestimmt. An dessen Stelle tritt als Redakteur des „Grundstein“ Otto Dortmund. Der Gauvorsitzende H. Silberschmidt-Berlin gehört dem Vorstand mit an, behält aber seinen Wohnsitz in Berlin. Als Ausschussvorsitzender wurde Kühne-Berlin wiedergewählt. Alle Wahlen erfolgten einstimmig.

Der Kampf im Holzgewerbe scheint unvermeidlich. Nach dem bereits gemeldeten Abbruch der Verhandlungen im Holzgewerbe hatte der Deutsche Holzarbeiterverband auf Sonnabend, den 18. Januar eine Konferenz von Vertretern aus allen Vertragsstädten nach Berlin einberufen, um zu der gegebenen Situation Stellung zu nehmen. Die von circa 150 Delegierten besuchte Konferenz hat einstimmig beschlossen, die Herausforderungen und kräftigeren Ansprüche des Arbeitgeberverbandes mit ganzer Entschiedenheit zu bekämpfen. Die Holzarbeiter Deutschlands sind fest entschlossen, an der von ihnen geforderten Verkürzung der Arbeitszeit, die in den allermeisten Fällen eine sehr bescheidene ist, sowohl, als auch an der vierjährigen Vertragsdauer unbedingt festzuhalten und werden sich von diesem Entschluß auch durch den zum 15. Februar von dem Arbeitgeberverband angekündigten Kampfe auf der ganzen Linie nicht abbringen lassen.

In einer zweifellos aus den Reihen des Arbeitgeberverbandes stammenden Notiz in der „Berliner Volkszeitung“ vom 17. Januar wird erklärt, daß ein Eingreifen der Regierung, um die jetzt darniederliegenden Verhandlungen wieder aufzunehmen, von den Unternehmern als unwahrscheinlich angesehen würde. Auch die Konferenz der Holzarbeiter stand dem Eingreifen eines Unparteiischen sehr unsympathisch gegenüber.

Die „Berliner Volkszeitung“ bringt ferner an der Spitze der Nummer vom 19. Januar folgende Nachricht:

„Der Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe gibt seinen Mitgliedern in Großberlin und den übrigen 50 an der diesjährigen Tarifbewegung beteiligten Vertragsgebieten die Anweisung, sich für die am 15. Februar dieses Jahres erfolgende Aussperrung bereit zu halten, da nach dem Scheitern der letzten Verhandlungen an eine Verständigung mit dem Arbeiterorganisationen nicht mehr zu denken sei. Nach den Feststellungen des Arbeitgeberverbandes sind in den Vertragsorten 62 500 Arbeiter beschäftigt, die nun ausgesperrt werden sollen. Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes werden aufgefordert, sich mit der Vergebung neuer Akkorde so einzurichten, daß alle in den Betrieben beschäftigten Arbeiter ohne Rücksicht auf deren Organisationszugehörigkeit am 16. Februar entlassen werden können. Von demselben Tage ab darf kein Arbeitgeberverbandsmitglied Aufträge aus den gesperrten Städten annehmen. Die von der Aussperrung nicht betroffenen Mitglieder dürfen nach den 51 an der Aussperrung beteiligten Vertragsgebieten weder Agenten und Reisende entsenden, noch dort Anzeigen erlassen oder sich auf andere Art Aufträge von dort verschaffen.“

Gewerkschaften als politische Vereine. Durch Verfügung des Polizeipräsidenten zu Magdeburg war der erste Bevollmächtigte der dortigen Verwaltungsjelle des Metallarbeiterverbandes aufgefordert worden, die Satzungen und ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder der Behörde einzureichen, da die Verwaltungsstelle ein selbständiger Verein sei, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezwecke. Diese Annahme des Polizeipräsidenten löst der Bevollmächtigte Brandes durch Beschwerde an den Regierungspräsidenten an. Die Beschwerde wurde vom Regierungspräsidenten unter folgender Begründung abgelehnt: „Die Beschwerde vom 3. Oktober dieses Jahres gegen die Verfügung des Polizeipräsidenten vom 19. September 1912 III A 118 wird als unbegründet zurückgewiesen. Die in der Verfügung angegebenen Gründe, nach denen die Verwaltungsstelle Magdeburg des Deutschen Metallarbeiterverbandes als politischer Verein anzusehen, sind zutreffend. Die hiesige Verwaltungsstelle mit ihren Mitgliedern ist als selbständiger Verein anzusehen, da sie nach dem Statut neben der Verwaltung der Angelegenheiten des Deutschen Metallarbeiterverbandes zur selbständigen Vereinstätigkeit vermittelt durch ihren Vorstand berufen ist. Daß die Vereinstellung eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt, kann nach den in den Versammlungen und Veröffentlichungen erwähnten Gegenständen nicht zweifelhaft sein; Aufforderungen zur Agitation für eine politische Partei, zum Halten eines Parteiblattes, zur Wahl von Abgeordneten einer politischen Partei, zur Gewinnung der Jugend für eine bestimmte politische Partei, wie sie in den Verhandlungen und Veröffentlichungen des Vereins zutage treten sind, sind unzweifelhaft Betätigungen auf politischem Gebiete, die den Verein zu einem politischen machen. Infolgedessen ist das Verlangen der hiesigen königlichen Polizeiverwaltung gerechtfertigt.“ — Brandes hat jetzt die Entscheidung des Oberpräsidenten angetrieben.

Im Oktober 1912 wurde von der Verwaltungsstelle Erzurt des Deutschen Metallarbeiterverbandes eine öffentliche Metallarbeiterversammlung einberufen, in der Reichstagsabgeordneter Brandes (Magdeburg) einen Vortrag über das Thema: „Terrorismuslegenden der Unternehmer“ hielt. Obgleich die Versammlung einen rein gewerkschaftlichen Charakter trug, erschien doch ein Polizeiwachmeister in Zivil, um sich zu überzeugen, ob nichts „politisches“ vorliege. Nach einigen Tagen erhielt der Bevollmächtigte Wilhelm Verkling eine polizeiliche Vorladung. Im Verlaufe eines Verhörs, das Verkling über sich ergehen lassen mußte, wurde ihm mitgeteilt, da kein Versehen wegen Übertretung des Vereinsgesetzes gegen ihn eingeleitet werden solle, weil er als Veranstalter der Versammlung zugelassen habe, daß politische Angelegenheiten erörtert werden seien, ohne daß die öffentliche Bekanntmachung mit der Überschrift: „Öffentliche politische Versammlung, sowie mit Namen und Adresse des Veranstalters versehen gewesen sei. Nach der Meinung des hiesigen Polizeiwachmeisters sei die Versammlung vom Inhalt des Vertrages noch als politisch anzusehen. Verk-

ling wies darauf hin, daß wohl kein Versammlungssteuerner die Auffassung des Polizeiwachmeisters teilen werde, denn der Redner habe nur gewerkschaftliche Fragen erörtert. Doch damit war die Sorge der Erzurt Polizei, es könne vielleicht dieser oder jener Metallarbeiter in der Versammlung mit der bösen Politik in Berührung gekommen sein, bei weitem nicht beschwichtigt, denn sie überwiegt die Sache der Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung. Nach Verlauf von etwa zwei Monaten erhielt Verkling einen amtsrichterlichen Strafbefehl von 5 Mark wegen Übertretung der §§ 5 und 8 des Vereinsgesetzes. Verkling wird dagegen selbstverständlich Einspruch erheben. So wird von den Behörden das bei Beratung des Reichsvereinsgesetzes im Reichstage gegebene Versprechen der Regierung beachtet, daß das Gesetz frei von Schikanen gehandhabt werden soll.

Der Streit der Formier- und Gießeiarbeiter in der Maschinenfabrik in Geislingen in Württemberg ist beigelegt, die Arbeit wird am 18. d. Ms. wieder aufgenommen. Die Bewegung, die eigentlich die erste Bewegung in Geislingen überhaupt war, hat gezeigt, daß bei geschlossenem Zusammenhalten der Arbeiter auch in der Domäne der Württembergischen Metallwarenindustrie es den Arbeitern möglich ist, erfolgreich ihre Forderungen durchzusetzen. War das Objekt des Kampfes auch kein allzu großes — denn es handelte sich doch nur darum, zur Einführung zu bringen, was in den übrigen Gießereien Württembergs längst Geltung hat —, so war der Widerstand, der gebrochen werden mußte, ein umso hartnäckiger, denn auf Verhandlungen oder bindende Erklärungen wollte der Unternehmer sich nicht einlassen. Einer Mittelperson gelang es aber dann doch, in schwierigen und langwierigen Verhandlungen eine Verständigung zustande zu bringen, die die Arbeiter akzeptieren konnten, da sie dem Rechnung trug, was sie vom Anfange an wollten. Hoffentlich hat aber auch die Bewegung bei den Geislinger Arbeitern der andern Betriebe, die größtenteils nicht organisiert sind, das Verständnis für den Wert der Organisation geweckt.

Subvention der Gelben im Steindruckergewerbe. Vor einiger Zeit berichteten wir bereits, daß die gelbe Organisation im Steindruckergewerbe durch den Schuhverband der Unternehmerorganisation einen jährlichen Zuschuß zum Beitrag dafür erhalten soll, wenn die Gelben sich verpflichten, einige Statutbestimmungen ihres Verbandes nicht zu ändern, so daß der Unternehmerschutzverband stets einen bestimmten Einfluß auf den gelben Gehilfenverband ausüben vermag. Dem Verlangen des Unternehmerschutzverbandes haben nun die Mitglieder des gelben Gehilfenverbandes zugestimmt, wonach nun für jedes Mitglied 40 Pfg. pro Woche Beitrag durch den Unternehmerschutzverband zugesagt wird, sofern es im Betriebe eines Schuhverbandsmitgliedes arbeitet. Die vorgenommene Abstimmung unter den Mitgliedern des gelben Verbandes hat ergeben, daß dem Angebot des Unternehmerschutzverbandes mit 638 gegen 165 Stimmen zugestimmt wurde. Der Unternehmerschutzverband hat sich nun bereit erklärt, vom 1. Januar 1913 ab diese Summe, die ungefähr 9000 Mark jährlich beträgt, an den gelben Gehilfenverband abzuführen. Es sind ungefähr 430 Mitglieder des gelben Gehilfenverbandes in Schuhverbandsbetrieben beschäftigt. Die gelben Verband gehören zum Teil die Stein- drucker- und Lithographen-Werkmeister an. Bisher gehörten auch die Lehrlinge vieler Steindruckereibetriebe dem gelben Verein als Mitglieder an, oder richtiger gesagt, die Schuhverbandsfirmen zahlten für ihre Lehrlinge die Beiträge an die gelbe Organisation. Die Lehrlinge traten aber allgemein nach dem Auslernen dem Lithographen- und Steindruckerverband bei, so daß der Unternehmer wohl die Beiträge für die Lehrlinge zahlte und die Lehrlinge auch während einer Krankheit von dem gelben Verbands Krankenunterstützung bezogen, aber mit dem Augenblick, wo sie Gehilfen wurden, verfielen sie auf die Ehre, Mitglieder des gelben Vereins zu bleiben. Der Unternehmerschutzverband stellt jetzt die Zahlung von Beiträgen für die Lehrlinge ein, dafür entschädigt er nun diese gelbe Organisation mit einem direkten Beitrag für die anderen Mitglieder. Jedenfalls eine wohlverdiente Liebesgabe für treue Dienste.

Die Einstellung von Lehrlingen im Lithographie- und Steindruckergewerbe. Der große iswöchentliche Streit- und Aussperrungskampf im deutschen Lithographie- und Steindruckergewerbe vom September 1911 bis Ende Januar 1912, bei dem in 49 Städten Deutschlands 4546 Lithographen- und Steindruckergehilfen beteiligt waren, wurde seinerzeit durch lange Verhandlungen zum Abschluß gebracht. In diesen Verhandlungen wurden zwischen dem Gehilfenverband und dem Arbeitgeberverband deutscher Steindruckereibesitzer sowie den Leipziger Nichtshuhverbandsfirmen Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen abgeschlossen. Eine Reihe minderwichtiger Angelegenheiten wurden durch besondere Beschlüsse für spätere Beratungen zurückgestellt. Sie betrafen 1. den Antrag der Gehilfen, in der Antidrom-, Photogramm- und Lichtdruckpostartenbranche keine Lithographenlehrlinge zuzulassen, weil solche in diesen Branchen nichts lernen; etwaiger Bedarf an Arbeitskräften in diesen Branchen könne genügend aus der fortwährenden großen Zahl der Arbeitslosen gefunden werden. 2. Regelung der Arbeitsmusterfrage, wozu die Gehilfen beantragten, daß die Gehilfen und Lehrlinge von ihren selbstgefertigten Arbeiten einige gute Abdrücke erhalten sollten. 3. Den Akkordearbeiten sollte auf Antrag der Gehilfen ein fester Wochenlohn entsprechend der Leistung garantiert werden. 4. Gemeinsame Ausarbeitung eines Merkblattes für die Einstellung und Ausbildung von Lehrlingen in lithographischen Anstalten und Steindruckereien. Zur Erledigung dieser zurückgestellten Punkte fanden dann die notwendigen Erhebungen und sonstigen Vorarbeiten statt, und kürzlich konnten nun auch die endgültigen Verhandlungen der Parteien in Berlin stattfinden, an denen Vertreter aus allen Teilen Deutschlands teilnahmen. Ueber die ersten drei Punkte konnte keine Einigung erzielt werden; das einzige positive Ergebnis dieser Verhandlungen ist die Vereinbarung über das gemeinschaftlich herauszugebende Merkblatt betreffend die Einstellung und Ausbildung von Lehrlingen. Vor beiden Parteien waren hierzu für die Verhandlungen Entwürfe ausgearbeitet worden; die Beratungen endeten schließlich mit einem Kompromiß. Der erste Abschnitt dieses Merkblattes, das als kleine achtseitige Broschüre an die Interessenten abgegeben wird und jetzt erschienen ist, behandelt die Technik der Lithographie und des Steindrucks. Im zweiten Abschnitt wird die Entwicklung des Gewerbes von der Zeit, in der der Lithograph noch sein eigener Drucker war, bis zur heutigen differenzierten Arbeitsteilung in kurzen Zügen behandelt. Der dritte Abschnitt behandelt die Vorbereitungen für die Erlernung des Berufes, und im letzten Abschnitt des Merkblattes werden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Ausgelernten kurz wiedergegeben, wie sie in den im Januar 1912 abgeschlossenen Vereinbarungen betreffend Lohn- und Arbeitsbedingungen im deutschen Lithographie- und Steindruckergewerbe festgelegt sind. — Für die Vorbereitungen zur Erlernung des Lithographie- und Steindruckergewerbes sind jetzt zwischen dem Schuhverband Deutscher Steindruckereibesitzer, dem Kommissions der Leipziger Nichtshuhverbandsfirmen und dem Verband der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe folgende Vereinbarungen getroffen worden: 1. Der einzuhaltende Lehrling soll auf seine geistige und körperliche Befähigung durch den Prinzipal oder seinen Stellvertreter geprüft und von einem Arzt untersucht werden. Die Kosten der

ärztlichen Untersuchung trägt der Prinzipal. Besondere Sorgfalt ist dabei auf die Untersuchung der Augen zu verwenden, wobei sowohl die Sehkraft als auch die Fähigkeit, Farberichtig zu sehen, geprüft werden muß. Bei der Untersuchung ist dem Arzte das Merkblatt vorzulegen, damit er die körperlichen Eigenschaften, welche der Beruf erfordert, daraus entnehmen kann. 2. Für den Maßstab der geistigen Befähigung dienen die Schulzeugnisse der letzten Jahre, wobei auch auf das sittliche Betragen zu sehen ist. Für die Lithographenlehrlinge ist in erster Linie eine besondere zeichnerische Befähigung erforderlich. 3. Als Lehrlinge, welche Steindrucker werden wollen, sind nur solche von normaler Körperbeschaffenheit geeignet. 4. Die Lehrzeit für Lithographen und Steindrucker beträgt in der Regel 4 Jahre. Bei Lithographenlehrlingen ist eine dreijährige Lehrzeit dann zulässig, wenn der Betreffende bei Eintritt in die Lehre älter als 16 Jahre ist und eine höhere zeichnerische Ausbildung genossen hat.

Anerkennung der Gewerkschaftsarbeit. In Würdigung der kulturfördernden Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete des Unterrichts- und Bildungswesens, sowie der Bewahrung von Rechtschaffenheit für die großen Schichten der Arbeiterschaft haben Magistrat und Gemeindefolkium der Stadt Mü n c h e n für das im vorigen Jahre erbaute Gewerkschaftshaus der freien Gewerkschaften eine Hypothek in Höhe von rund 400 000 Mk. zu mäßigem Zinsfuß genehmigt.

Soziales.

Das Resultat der Wahlen zur Angestelltenversicherung Der jortjährliche Abgeordnete Weinhausen hat im Reichstag an die Regierung die Frage über das Resultat der Wahl zur Angestelltenversicherung gerichtet. Die Fragen lauten:

1. In wieviel Wahlkreisen die Vertrauens- und Erfahmänner von der Behörde ernannt werden mußten,
2. in wieviel Kreisen nur eine Liste eingereicht und dies infolgedessen als gewählt erklärt wurde,
3. in wieviel Kreisen Wahlen zustande gekommen sind,
4. wieviel Stimmen insgesamt abgegeben worden sind. Darauf ist nun folgende Antwort erteilt worden:

 1. Ernennungen gemäß § 152 des Angestelltenversicherungsgesetzes wurden nötig: a) für die Arbeitgebergruppe in 152 Bezirken, b) für die Angestelltengruppe in 46 Bezirken.
 2. Nur eine Vorschlagsliste, woraufhin gemäß § 16 der Wahlordnung die vorgeschlagenen Bewerber für gewählt gelten (meist handelte es sich um eine Vereinbarungsliste der beteiligten Vereine oder Berufszweige des Bezirks) ist eingereicht: a) für die Arbeitgebergruppe in 839 Bezirken, b) für die Angestelltengruppe in 413 Bezirken.
 3. Eine Wahl war erforderlich: a) bei der Arbeitgebergruppe in 279 Bezirken, b) bei der Angestelltengruppe in 811 Bezirken.
 4. Zu einer Feststellung der gesamten Stimmzahl fehlte die Urliste, sie würde in einer Reihe von Fällen voraussetzen, daß zu diesem Zwecke die Urprotokolle von den Wahlleitern eingefordert würden.

Die amtliche Veröffentlichung eines vollständigen Abrechnungsverzeichnisses der Gewählten wird mangels eines erschöpfenden Bedürfnisses abgelehnt. Es handelt sich um 820 Namen und Adressen. Das zu eigenem Gebrauche der Reichsversicherungsanstalt soeben fertiggestellte Verzeichnis steht in dessen den Wählervereinigungen, die für die Wahlen zum Verwaltungsrat, Schiedsgericht usw. Vorschlagslisten einreichen, kostenfrei in Abschrift zur Verfügung. Den bevollmächtigten Vertretern jeder Liste scheidet sofort nach Eingang derselben die Reichsversicherungsanstalt das Verzeichnis von Amtswegen zu. Auch anderen Beteiligten werden Abschriften in beschränktem Umfange auf Antrag überlassen.

Kommunales.

Stadtverordnete als Lieferanten. Das „Dortmunder Amtsblatt“ teilt mit, daß eine Liste der Dortmunder Stadtverordneten aufgestellt wurde, die in den letzten fünf Jahren Arbeiten und Lieferungen für die Stadt übernommen haben. Das wäre der erste Schritt zur Verringerung; vor drei Jahren hat sich gerade der Oberbürgermeister der von unseren Geforderten Aufstellung einer Lieferantenliste widergesetzt. — Öffentlich folgt nun auch bald ein Verbot kommunaler Arbeitslieferung durch Stadtverordnete.

Aus dem Gerichtssaal.

Abrechnungstheorie beim Kommiss. Vor einiger Zeit berichteten wir, daß im Bereiche der 16. Division in Trier die Zahl der Deserture derartig zugenommen hat, daß der preussische Kriegsminister Veranlassung nahm, dem dortigen Gericht anzuschreiben, mit den allerschärfsten Strafen vorzugehen. Dieser sehr bedeutlichen Anweisung, die übrigens auch noch den Reichstag beschäftigen dürfte, kommt das Gericht mit größter Gewissenhaftigkeit nach. Und das geschieht obwohl es offenkundig ist, daß diese Praxis, die man schon seit Jahren befolgt, nicht den geringsten Erfolg hat. Dem schon vor Jahren hatte Trier den höchsten Prozentsatz an Deserturen aufzuweisen gehabt, und wir können nachweisen, daß dies auch im vorigen Jahre der Fall war. Für heute wollen wir aus einer Sitzung dieses Gerichts nur zeigen, mi welcher Monchalance die Anklagevertreter über die Gründe hinweggelassen, welche von den Deserteurern vorgebracht werden. Ein Musketier vom 69. Infanterieregiment war desertiert. Nach dem Grunde befragt, erklärte der Angeklagte er habe nicht satt zu essen gehabt und da er auch von niemandem etwas geschickt bekomme, wollte er noch einige Zeit arbeiten, um sich etwas zu verdienen. Aber dann er schon an: Der Verhandlungsleiter erklärte das sagt jeder zweite Jahressüchtige, wodurch u. S. diese Einwand doch nur bestritten wird. Aber dann wurde den Angeklagten weiter gesagt, der Militärpflichtige solle vor seinem Eintritt sparen, damit er etwas hat, wenn er zum Militär kommt. Ob ein Arbeiter auch die Möglichkeit hat vorher etwas zu sparen, damit beschäftigt sich die Kriegsgerichte nicht. Das deutsche Volk, das unter den Lasten des Militarismus fast zusammenbricht, opfert noch immer nach wie vor und tatsächlich haben es ja auch diejenigen in den Kasernen am allerhöchsten, die auf die 22 Pfg. Lohn angewiesen sind und sie stellen auch das Gros der Deserture. Und doch wäre es leicht, hier eine Änderung zu treffen. Riesennummen werden überflüssigerweise für den Militarismus alljährlich vergendet. Für die gemeinen Soldatenlang es nicht einmal zu einem auskömmlichen Sold, und wenn solche Unglückliche desertieren, dann einfach auf die Fesseln mit ihnen! Auch der Anklagevertreter ging mit keinem Wort auf die Entschuldigung des Angeklagten ein, sondern plädierte kurzerhand dahin: Wir müssen abschreckend wirken, sonst erreichen wir nichts. Er beantragte 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis. Das Gericht schloß sich diesem Antrage nicht ganz an, sondern erkannte „nur“ auf 10 Monate.

Ein Anarchistenprozess hinter verschlossenen Türen. Wie wir dem „Vorwärts“ entnehmen, verhandelte die 12. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin am 16. Januar wieder einmal unter strengstem Ausschluss der Öffentlichkeit gegen einen Anarchisten. Angeklagt war der Würstenmacher Kniestedt. Er soll durch eine Rede in einer am 14. Oktober abgehaltenen Anarchistenversammlung zum Ungehörigen gegen die Regierung und verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander aufgehetzt haben. Nach seiner Angabe hat der Angeklagte über das Thema: „Anarchismus und Generalstreik“ gesprochen. Da zu jener Zeit eben der Balkankrieg ausgebrochen war und von alldeutscher Seite das Verlangen ausgesprochen wurde, Deutschland habe sich, wenn Österreich an dem Kriege beteiligt werde, an dessen Seite zu stellen, so ging der Angeklagte zunächst auf diesen Punkt ein und sagte, Deutschland habe gar keine Veranlassung, zugunsten Österreichs in den Krieg zu ziehen, denn Österreich werde nicht angegriffen, sondern es sei, wenn es sich in den Krieg einmischen sollte, selber der angreifende Teil. Aus diesem Grunde würde er, der Angeklagte, wenn er österreichischer Militärpflichtiger wäre, nicht in den Krieg ziehen, sondern lieber auf andere Weise sterben. Bei der Behandlung seines eigentlichen Themas hat der Angeklagte dann über Generalstreiks in Holland und Belgien gesprochen und daraufgelegt, welche Kampfsmittel die holländischen und belgischen Arbeiter bei jenen Gelegenheiten angewandt haben. Auch auf einen Elektrizitätsstreik in Frankreich kam der Angeklagte zu sprechen. Er teilte mit, daß die Streikenden durch kleine Einriffe in den maschinellen Mechanismus die Maschinen unbrauchbar gemacht hätten, so daß diese von den Streikbrechern nicht bedient werden konnten. Zeugen wurden in dem Prozess nicht vernommen, so daß also die eigenen Angaben des Angeklagten die einzige Grundlage der Verhandlung bildeten. Und diese Angaben genügten dem Staatsanwalt, um sechs Monate Gefängnis zu beantragen, und sie genügten dem Gericht, den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten zu verurteilen. Durch welche Gründe oder durch welche Auslegung der Worte des Angeklagten das Gericht zu diesem Urteil kam, davon erfährt man, dank dem Ausschluss der Öffentlichkeit, nichts. Auch die öffentlich gegebene Urteilsbegründung war sehr dürftig. Aus ihr ging nur soviel hervor, daß das Gericht eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten in der Rede des Angeklagten nicht erblickt, ihn aber der Aufforderung zum Ungehörigen gegen Gelehrte, begangen durch Propaganda für den Antimilitarismus und den Generalstreik, schuldig befunden hat.

Eine polizeiliche Unverschämtheit. Am Mittwoch hatte sich vor der Essener Strafkammer ein Bergmann aus Buer zu verantworten. Er war beschuldigt, den Waipassiergang der Genossen in Gladbeck geleitet zu haben. Das Schöffengericht in Buer hatte ihn am 5. August deshalb auch zu einer Woche Haft verurteilt. Die Strafkammer änderte das Urteil in eine Geldstrafe von 30 Mk. um. Die Verurteilung erfolgte auf das Zeugnis des Kriminalwachtmeisters Johnson aus Buer, der vor dem Schöffengericht wie in der Berufungsverhandlung behauptet, daß er den Angeklagten m. d. R. eine halbe Stunde beobachtet und gesehen habe, wie dieser Anweisungen an die Spaziergänger erteilt habe. Eine Anzahl Gegenzeugen bestritten das Gegenteil. Johnson hat nach dem Termin in erster Instanz gegen diese Entlassungszeugen eine Anzeige wegen Meineids erstattet, mit der Begründung, daß sie als Anhänger der Sozialdemokratie es mit ihrer eidlichen Aussage nicht so genau nähmen. Ein Versuch des Verteidigers, diese Beschimpfung sozialdemokratischer Zeugen gebührend zurückzuweisen, wurde vom Vorsitzenden des Berufungsgerichts verhindert.

Aus Nah und Fern.

Der Raubmörder Sternickel verweigert neuerdings jede Aussage. Von seinen Komplexen wurde auch keine wesentlich andere als die bekannte Darstellung der Erdrosselungen erzählt. Sternickel scheint auch in der Rheinprovinz sein Unwesen treiben zu haben.

Familiendrama. Aus Gränberg wird berichtet: Der Amorende Emil Birkholz aus Malente, der seine getrennte von ihm bei ihren Eltern in Gränberg in Schlesien lebende Ehefrau besucht hatte, um sie zur Auslösung zu bewegen, fuhrte auf offener Straße mehrere Schüsse auf seine Frau ab. Zwei Schüsse gingen fehl und schlugen in ein Haus ein, ohne jemand zu verletzen. Durch zwei weitere Schüsse wurde die Frau tödlich verletzt. Danach nahm sich der Täter durch einen Schuß in die Schläfe das Leben.

Eine aufregende Szene ereignete sich bei einer Gerichtsverhandlung der Kasseler Strafkammer. Zwei schwere Einbrecher, die zu langen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, rissen sich von der Anklagebank los, warfen die Gerichtsdiener heftig und härmten über die Gerichtskorridore ins Freie. Während einer sofort wieder feigenommen werden konnte, entkam der andere. Schutzleute, Publikum und Gerichtsdiener nahmen die Verfolgung auf. Der Verbrecher versuchte, von einer 20 Meter hohen Mauer in die Fulda hinabzuspringen, wurde aber im letzten Augenblick erschossen.

Aus beiden Kreisen. In Bord des von New York in Kapal angekommenen Ozeandampfers „Berlin“ wurde ein deutsches Liebespaar verhaftet, das angeblich der deutschen Aristokratie angehört. Es soll sich um einen Grafen A. handeln, der eine verheiratete adlige Dame entführt haben soll. Der Graf wurde mit seiner Geliebten von deutschen Konsulatsbeamten nach dem Polizeikommissariat gebracht, von wo das Liebespaar nach Deutschland gebracht werden soll.

Schiffszusammenstoß. Im Hammeren (Vornholm) des der Hamburger Dampfer „Saparanda“ mit dem Bremer Dampfer „Mino“ zusammen. „Mino“ sank nach zehn Minuten; die fünfzehn Mann Besatzung wurde von dem Dampfer „Saparanda“ aufgenommen und weiter gebracht.

Ein Millionen Ganzer. In Budapest wurde der Glanz- und Prunkbaumstamm des Palastes nach Unterjohannstadt von zwei acht Millionen Kronen veräußert.

„Das Skelet ist nicht mein.“ Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die „Korrespondenz“ ein durch den Fall Sternickel veranlaßtes Schreiben eines älteren Richters, der folgende erzählt: Vor langen Jahren wurde in einem Dorfe bei Spandau auf einem kleinen Bauerngehöft bei Schachtarbeiten ein Skelet gefunden. Natürlich allgemeinen Entsetzens, Umhergehens, Schreien in allen Ecken — und richtig: vor acht Jahren war der damalige Besitzer des Gehöfts ins Irrenhaus gekommen, plötzlich mit einem Knüttel aus dem Dorfe. Alle Nachforschungen waren erfolglos. Der schuldige Täter wurde nie gefunden, nach dem die Ehe schon wieder geschieden war, weil der Mann nicht zum Leben kam, und die Verlebte keine längere Zeit eines neuen Ehepartners gefunden. Der Skeletfund — wie man die rätselhafte Erklärung für das Verbrechen des Mordens zu geben das Skelet war, so glaubte alle Welt, es des Verbrechen. Er war ein Mann und ver-

scharrt worden von dem damals ebenfalls verschwundenen Knecht. Die Schauer Geschichte kam natürlich in alle Zeitungen und wurde auch in einem kleinen, etwa drei Meilen von dem Schauplatz der graufigen Tat entfernten Orte gelesen. Und sofort ging den Dörflern ein Licht auf! Donnerwetter, hier auf einer Zigelei arbeitet ja seit ungefähr zehn Jahren ein Mann, der sich genau so nennt wie der arme Ermordete! Natürlich, das ist kein anderer als der Knecht, der Mörder, der den Namen seines Opfers angenommen hat. Anzeige — Vorladung — Haftbefehl; der Mann kommt, und ich verhöre ihn. Er gibt in der ruhigsten, harmlosesten Weise Auskunft, kein Zweifel, er ist... der Verschundene, angebl. Ich Ermordete! — „Ja, aber Mann, Sie sind ja für tot erklärt!“ — „Ach nee!“ — „Sie sind von Ihrer Frau geschieden!“ — „Jamos!“ — „Ja, Sie müssen sich doch nun wieder bei ihr melden!“ — „Ich wer' den Deibel duhn!“ — „Na, nun aber im Ernst, warum haben Sie sich denn so lange versteckt?“ — „Das habe ich ja gar nicht. Ich konnte es zu Hause mit meiner Alten nicht aushalten, und da bin ich weggegangen, habe am selben Tage da, wo ich jetzt noch bin, Arbeit gefunden und lebe dort unter meinem Namen ganz behaglich seit zehn Jahren. Der Skelet ist nicht mein!“ — „Daß das Skelet nicht „seins“ war, mußte man ihm aufs Wort glauben. Das war ebenso richtig wie die Tatsache, daß er ruhig und friedlich drei Meilen von dem Orte seines Eheglaubens gelebt hat, während man ihn suchte, ihn von seiner Frau scheid, ihn für tot erklärte. Das ist ebenso seltsam wie die Tatsache, daß man den Sternickel so lange nicht gefunden hat.“

Die Strandung der „Veronise“. Auf dem Dampfer „Veronise“ befanden sich 234 Personen: 142 Passagiere und 92 Mann Besatzung 191 Personen sind gerettet worden. Ein Passagier, zwei Mann der Besatzung und zwei Bedienstete sind ungetommen. Von dem Verbleib der übrigen 33 Personen hat man noch keine Nachricht.

Folgeschwere Explosion. In der Eisengießerei von Neßler u. Breitfeld in Pilsen erfolgte am Sonnabend eine schwere Explosion von Kohlenäure. Ein Maschinist wurde getötet, ein Ingenieur und vier Arbeiter tödlich verletzt.

Fünf Arbeiter verbrannt. Bei einem Großfeuer in Edmonton (Kanada) kamen fünf Arbeiter in den Flammen um. Eine große Anzahl Gebäude wurde durch das Feuer zerstört. Der angerichtete Schaden wird auf zwei Millionen Mark geschätzt.

Savarie eines Savagadampfers. Wie aus London telegraphisch gemeldet wird, hatte das Motorschiff der Hamburg-Amerika-Linie „Christian der Zehnte“, das nach Baltimore bestimmt war, schwere Stürme auf dem Atlantischen Ozean zu bestehen. Nachdem es bereits 35 Tage gegen die Stürme gekämpft und fast die Neufundlandbänke erreicht hatte, sah der Kapitän ein, daß es unmöglich sei, den Bestimmungsort zu erreichen. Er ließ deshalb das Schiff wenden und nach der irischen Küste zurückkehren. Mit teilweise gebrauchsunfähigen Menschen langte „Christian der Zehnte“ gestern in Queenstown an. Die Rettungsboote sind verloren gegangen. Die Decks sind stark beschädigt, und mehrere Abteilungen sind unter Wasser.

Ein Justizverbrechen in Newyork. Der neuerwählte Gouverneur von Newyork Sulzer hat am Freitag den Schweden Brandt begnadigt, der zu 30 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, weil er einen Einbruch in dem Hause von Mortimer Schiff, einem Sohne des millionenreichen Bankiers Jakob S. Schiff, Chef der Firma Kuhn, Loeb u. Co. in Newyork, verübt haben sollte. Die Vorgänger des jetzigen Gouverneurs wurden bereits mit Bittschriften überhäuft, Brandt zu begnadigen, aber innerpolitische Kompensationen, die man in Europa kaum verstehen kann, hielten sie ab, diese zu beachten. Brandt sollte in dem Hause seines ehemaligen Herrn zur Nachtzeit erriapt worden sein, und hatte sich schuldig bekannt, zwei Wufennadeln gestohlen und Schiff bei seiner Heimkunft überfallen zu haben. Die außerordentlich schwere Strafe lenkte von Anfang an die öffentliche Aufmerksamkeit auf den Fall. Später wurde es offenkundig, daß Brandt sich nur schuldig bekannt hatte, um den guten Ruf einer Dame des Hauses Schiff zu schützen, und daß Mortimer Schiff selbst sich anfangs bereit hatte, die ganze Geschichte zu vertuschen. Man hatte Brandt überredet, sich des Diebstahls schuldig zu bekennen, und ihm eine geringe Strafe in Aussicht gestellt. Statt dessen soll dann der Richter Kofalsky beeinflusst worden sein, eine so überaus schwere Strafe zu verhängen. Kofalsky wurde später öffentlich beschuldigt, bestochen worden zu sein. Auch wurden mehrere Attentate auf ihn verübt. Wahrscheinlich wird er sich jetzt gegen den auf ihm ruhenden Verdacht zu verantworten haben.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Eine Richard Wagner-Fahrt hundert-Feste veranstaltete die Wagner-Stipendien-Estiftung am Sonnabend im Neuen Stadttheater. Da der Betrag zum Besten der Stipendienstiftung verwendet werden soll, die jungen Künstlern zu ihrer Fortbildung beihilflich sein will, so ist der Zweck wohl als ein guter anzusehen. Vom Programm der Jahrhundert-Feste kann man das leider nicht sagen. Ein derartiges Ragout, wie es dies Programm aufweist, mag wohl bei Hoffentlichkeiten üblich sein, aber es entbehrt des künstlerischen Wertes und vor allem der Einheitslichkeit. Bruchstücke aus den Werken Wagners in Verbindung mit einer recht länglichen, überflüssigen von Fr. W. Flegel vortrefflich vorgetragenen, schwungvollen Würdigung Wagners, hinterlassen im Theater nicht das Gefühl innerer Befriedigung. Und wenn im Zuschauerraum und in den Wandelgängen kostümierte Blumenverkäuferinnen auch für manche Leute dekorativ und belebend wirken mögen, so wird derjenige, der nur des großen Meisters der Tonkunst wegen gekommen war, doch aus solchen Anzüglichkeiten zunächst den Eindruck gewinnen, er habe sich in ein besseres Kostümfest verirrt. Dieser Eindruck wurde noch verstärkt, wenn man das Gemimmel von schlecht geschminkten Statisten, die sich aus Herren und Damen der Stadt rekrutierten, auf der Festwiese aus den Meisterfängern von Nürnberg beobachtet. Selten haben wir kürzlichen diesen prachtvollen Teil des köstlichen, humorvollen Wertes so wenig in der Nähe belebt, so nächstern auf der Bühne gesehen, als am letzten Sonnabend. Einem schillernden Geizig ohne Begeisterung und ohne künstlerischen Glanz stand ein Töcher zur Seite, das im Zentrum der Hörer nur wenige Töne von sich zu geben hatte. Auch der Sache uneres Künstlerischen Herrn de Garmos war ein Versuch, wenn auch ein zu guten Hoffnungen berechtigender. Es wird noch manche Arbeit stehen, bevor unsere Bühne in dieser Spielzeit eine würdige „Wagner-Fahrt“ - Ausführung zustande bringt. Das Beste an der Jahrhundertfeier waren die rein orchestralen Darbietungen. Fort eine deutschen Meister! Diesem Wagnerwort hätte die Wagner-Stipendien-Estiftung weit besser als gewöhnlich entsprechen, wenn sie veranlaßt hätte, daß eine oder mehrere der bedeutendsten Werke des Götterdramen Meisters in diesen Tagen in möglichst schillernder Weise im Neuen Stadttheater aufgeführt werden.

Stadttheater zur Aufführung gebracht worden wären. Wenn es der Kunst, dem Wahren, Guten, Schönen gilt, dann genügt nicht die gute Absicht, sondern nur die Tat! In Vorhings „Zar und Zimmermann“ gastierte gestern nachmittags Fr. Martini als Marie auf Engagements. Für die Künstlerin nimmt zunächst eine hübsche Bühnenerscheinung und ein munteres Spiel ein. Dagegen zeigte die Stimme der Künstlerin nur einen geringen Umfang und wenig Klangreiz. Vielleicht bietet ein weiteres Aufspiel die Möglichkeit, die Meinung über die stimmlichen Qualitäten der Sängerin zu verbessern. Als Ersatz für Fr. Jansen ist Fr. Martini nicht anzusehen. Herr Polmquist konnte als Zar gesanglich sich meistens betätigen; im Dialog merkte man jedoch deutlich, daß dem Künstler der Gebrauch der deutschen Sprache noch schwer fällt. P. L.

Literarisches.

„Schiller und die Arbeiter“ lautet der Titel des 6. Heftes der in dem Verlage von Kaden u. Co. in Dresden erscheinenden, vom Genossen Max Grünwald herausgegebenen „Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung“. Das kleine Werk kommt aus der Feder des Genossen Konrad Haenisch, der schon bei früheren Gelegenheiten, namentlich in seinem ehemaligen Dozenten-Wirkungskreise, sich als vorzüglicher Schillerkenner gezeigt hat. Sein Schillerbüchlein bildet eine formvollendete Ergänzung zu der vom Genossen Wehling aus Anlaß des 100-jährigen Todestages des Dichters erschienenen Schrift. In einem glänzenden Stil bringt Haenisch den klassischen Geistesreizen der Arbeiterschaft nahe und weist nach, daß der vielgefeierte in den Schulen des Bourgeoisstaates nur mißhandelt und dem Lernen verweigert wird. Auch zu den Schillerdarstellungen der Theater gehe das „bessere“ Publikum nur ungerne, sein Herz hänge viel mehr an den Erzählungen der Leihar und Fall. Der Schillerdienst des Bürgertums sei nichts als Lippendienst und Schiller liege ihnen ebenso fern wie die Musik der Sybären. Die leidenschaftliche Liebe Schillers zur Freiheit sei den Herrschenden ein Greuel. Haenisch verbindet dann Schillers Idealismus mit dem Materialismus der Sozialdemokratie, indem er aus Schillers Werken selbst die Gründe darstellt, schlägt. Schiller repräsentiere das arme gedrückte Volk von vor 100 Jahren. Er habe selbst zu dem großen Heere der Reaktionslosen gehört. Schwere Krankheit und bitterste Not hätte der Dichter immer wieder überwunden und den moralischen Körper zu den äußersten Leistungen aufgepeitscht, um in hellster Begeisterung für die Freiheit zu kämpfen. In dem Kapitel vom sozialen Verständnis Schillers zeigt Haenisch, daß der Dichter die ökonomischen Zusammenhänge sehr wohl empfand und sowohl Marx als auch Lassalle vorgeht hat. Wie moderne sozialistische Gedanken muteten die Sätze an:

„Der Reiche wird immer reicher durch des Armen Fleiß“ und „die Arbeit vieler kommt dem einzigen zugute“. Im blendend schöner Sprache schildert Haenisch die revolutionäre Bedeutung des Dichters in dem Kapitel „Schiller als Hebel“ und zum Schluß schreibt er auch noch über das Verhältnis Schillers und der Arbeiter zum Krieg, zum Weltbürgertum und zur internationalen Solidarität. Seine Liebe zur Menschheit hat ihm ja auch den Ehrenbürgerbrief der ersten französischen Republik eingetragen. Wenn Schiller auch nichts vom modernen Sozialismus gewußt hat, so war er doch durchdrungen von dem Ideal, daß ein Zeitalter kommen wird, in dem — zusammengefaßt durch das Rosenband der Freundschaft — in Wahrheit „alle Menschen Brüder“ sind. Es spricht so viel Wahrheit, Begeisterung und Bekehrung aus der kleinen Brochüre, die für 40 Pfennig in der Buchhandlung von Fr. Meyer u. Co. zu haben ist, daß wir ihre Lektüre allen Genossen empfehlen können. B.

Wie die Wetter schlägen. Ein Kulturbild aus dem Ruhrrevier von G. Werner, Essen-Ruhr. Preis 40 Pf. (Verlag des Deutschen Steigerverbandes in Essen.) Diese Brochüre zeigt, wie die Grubenbesitzer des Ruhrreviers mit den Steigern und Arbeitern umspringen, wie die Gefahren der Tiefe erhöht und Unfälle herbeigeführt werden. In einer Reihe von Beispielen wird gezeigt, warum die Vorschriften übertreten werden müssen, ja sogar, wie höhere Grubenbeamte in ganz gewissenloser Weise die Bergbehörde betrügen, um gefährliche Stellen zu verheimlichen. Aus der Brochüre geht weiter hervor, wie wenig Einfluß die Bergbehörden auf die Besserung dieser Zustände ausüben, wie sie im Gegenteil zu einer Verschärfung beitragen. Der letzte Teil schildert, wie das Koalitionsrecht der Grubenbeamten von den Besitzern und staatlichen Behörden vergewaltigt wird. Diese Brochüre, die Zustände aufdeckt, wie man sie bisher im Deutschen Reich nicht für möglich gehalten hat, wird noch zu vielen Erörterungen Veranlassung geben.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübeker Marktpreise vom 18. Januar.
Bauern-Butter Pfd. 1,40 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,50 Mk., Hafens 3,80-4,50 Mk., Enten 4,00-5,00 Mk., Hühner 2,00-3,00 Mk., Rükens Stiefel — Mk., Lauber Stück 70 Pf., Gänse Pfd. 90 Pf., Schinken Pfd. 1,05 Mk., Schweinskopf pr. Pfd. 80-70 Pf., Wurk, geräuchert, Pfd. 1,30-1,60 Mk., Eier Stk. 10 Pf., Kartoffeln 10 Pfd. 40 bis 50 Pf., Spargel 1. Sorte — Pf., 2. Sorte — Pf., 3. Sorte — Pf., Blumenkohl der Kopf 20-50 Pf., Kürbchen, hiesige, Pfd. — Pf., eingeschickte Pfd. — Pf., Lebende Süßwasserfische: Schleie, Bortionschleie Pfd. 1,40, größere Pfd. 1,50 Mk., Karpfen, größere Pfd. 1,00 Mk., kleinere 90 Pf., Aal, große Pfd. 1,00 Mk., mittlere Pfd. — Pf., kleine Pfd. — Pf., Karaulischen Pfd. — Pf., Hechte, große Pfd. 60 Pf., mittel 80-90 Pf., Bariche Pfd. 70 Pf., Brachsen, große Pfd. 70 Pf., kleine Pfd. — Pf., Aal Pfd. — Pf., Kofaugen, große Pfd. 30 Pf., kleine Pfd. 20 Pf., Kriebel Pfd. — Pf., Salzwaasserfische: Dorsche, lebende Pfd. 40-45 Pf., frische Pfd. 30- Pf., Butte, größere Pfd. 40 Pf., kleinere 20- Pf., Steinbutt, lebende Pfd. — Pf.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 18. Januar.
Auftrieb 1730 Schweine. Markt ruhig geräumt. Es wurden gezählt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reibe Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 73.— (— bis 63,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240-260 Pfd., Tara 20 Proz., 78.— bis 79.— (61,50 bis 62,50 Mk.) Mittelware, von 200-240 Pfd., Tara 22 Proz., 81.— bis 82.— (63,00 bis 64.— Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 78.— bis 79,90 (61,50 bis 62,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 72.— bis 77.— (54,50 bis 58,50 Mk.) Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 74.— bis 76.— (59,00 bis 61,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 20 Prozent 75.— bis 73.— (53,00 bis 57,00) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: J. H. Schwanitz. Druck: Friedr. Meyer & Co. in Göttingen.